

HERBERT PITLIK

E
W(U)r den

WIR

BELOGEN

?

2002

Copyright © by Ing. Herbert Pitlik, Wien

Ausgabe 2002

Alle Rechte vorbehalten

Inhalt

Vorwort	5
Wertpapiere	7
Entstehung der Wertpapiere	8
Wie vertrauenswürdig sind Banken ?	11
Ein Grundsatz der Macht	14
Daten Deutscher Großbanken	15
Fusionen und Übernahmen	16
Wieviel ist eigentlich eine „Billion“ ?	17
Sammelklagen - Staatsverschuldung	19
Leistungen Österreichs für NS-Verfolgte	20
Gedanken zur Einheitswährung : EURO	27
Staatsverschuldung der USA	28
Geld und Börsen - in naher Zukunft ?	29
Der EU-Beitrittsvertrag Österreichs	30
Gedanken zur „Anti-Raucher-Kampagne	35
Gedanken zur Außen- u. Sicherheitspolitik	39
Gedanken zur „Europäischen Gemeinschaft“	42
Der Vertrag von Nizza	43
Neuer Demokratiebegriff in der EU ?	44
„Schlagworte“ unter der Lupe	46
Staatsverschuldung künftiger EU-Beitrittsländer	51
Stimmengewichtung in der EU nach deren Beitritt	53
Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in der BRD	55
Gedanken zur „Globalisierung“	57
Schiff ohne Kapitän ?	58
Die „Pläne der Nazis“ ?	61
Wer kontrolliert die „Weltbank“ ?	75
Wer repräsentiert die „USA bzw. Amerika“ ?	77
Fragen - und nichts anderes als Fragen	80
Nachwort	80

Erklärung des Autors

Angesichts der zunehmenden Erkrankungen durch Leukämie, (Blutkrebs) besonders im Kindesalter und der meist nur noch einzigen Möglichkeit der Rettung durch eine **passende** Knochenmarkspende, erkläre ich ehrenwörtlich, auf alle mir zukommenden Autorenhonorare, bzw. Einkünfte aus diesem Buch zugunsten der „Österreichischen Knochenmarkspenderzentrale“ (Univ.-Doz. Dr. A. Rosenmayr) für den Ausbau und Erhaltung eines **Testlabors für Knochenmarkspender**, zu verzichten. Leider gibt es hierfür nur minimale staatliche Unterstützung.

Damit folge ich der Initiative einer Wiener Firma, die **unentgeltlich** das Handling, die Abwicklung, Organisation und Büroarbeit einer Spendenaktion für die **Errichtung des Testlabors** übernommen hat. Alle Aktivitäten und die Koordination der Spendengelder werden permanent von einem Wirtschaftstreuhänder überwacht.

Wenn sich jemand meinem Bemühen, auf diese Weise „Humanität“ zu üben anschließen möchte, nachstehend die beiden hierfür von der „Österreichischen Knochenmarkspenderzentrale“ in Wien 1080, Florianigasse 38 eingerichteten Konten :

Erste Sparkasse, Konto-Nr. 09606688, Blz. 20111

bzw. **P.S.K.** Konto-Nr. 90 501 100, Blz. 60000

Der Autor

VORWORT

Durch die Berichterstattung der Massenmedien wird die Bevölkerung über aktuelle Vorkommnisse informiert. Dies ist zur Bildung einer eigenen Meinung notwendig und auch förderlich. Nicht so die (je nach Einfluß bestimmter Kreise) entsprechende Kommentierung bzw. Interpretation und Verhinderung der Veröffentlichung nicht genehmer Gegendarstellungen. Dadurch wird aber die Objektivität der Fakten verfälscht und eine eigene Meinungsbildung der so Informierten beeinflusst.

Die viel zitierte "Unabhängigkeit" der Massenmedien - besonders der staatlichen Sendestationen - kann der interessierte Konsument leicht daran erkennen, wie z.B. Aussagen von anders gesinnten Politikern interpretiert, oder durch Verschweigen des Zusammenhanges manipuliert werden. - Wer sich die Mühe macht die ersten Frühnachrichten (1.00 h) mit dem nur einige Stunde später folgenden Wortlaut zu vergleichen wird den Einfluß der jeweils agierenden Lobbys leicht erkennen.

Um aber eine Information selbst beurteilen zu können, ist es erforderlich auch grundlegende Zusammenhänge zu verstehen. Diese Abhandlung soll Ihnen die Möglichkeit geben, Nachrichten auch unter einem anderen Aspekt betrachten zu können.

Gerade in Zeiten einer wirtschaftlichen Rezession, der immer größer werdenden Kluft zwischen armen und reicheren Ländern und Bevölkerungsgruppen, sowie zunehmender Konfliktbereitschaft erscheint es zweckmäßig, sich darüber Klarheit zu verschaffen, warum immer wieder Kriege geführt werden - obwohl sich nach jedem Krieg die Betroffenen zu "immer währenden Frieden" (oder zur Neutralität) bekennen.

Des Weiteren wäre festzustellen wer an Kriegen interessiert ist (um daran zu verdienen) und wie es dazu kommt daß Volksmassen so zu beeinflussen sind, daß in ihrem Namen (und auf ihre Kosten) Kriege geführt werden können. Daß Kriege nur aus Wirtschaftsgründen geführt werden, ist inzwischen jedem bekannt - aber um die "Quelle des Wirrsals" zu erkennen, muß man gedanklich auf den Ursprung des Handels zurückgehen und die Entwicklung verfolgen.

Besonders in der heutigen Zeit haben die Bürger die Möglichkeit an den Handlungen (und Skandalen) der Politiker und Parteien deren Unabhängigkeit und Uneigennützigkeit zu überprüfen um festzustellen, ob das in diese (durch Wahlversprechen forcierte) gesetzte Vertrauen auch gerechtfertigt war - oder ob sie als wählende Bürger getäuscht wurden und nur zum Zweck der Legitimierung von Interessen der im Hintergrund agierenden Lobbys mißbraucht wurden.

Es versteht sich, daß vorwiegend Politiker etablierter Parteien die Aufgabe haben diese Interessen gegenüber der Öffentlichkeit und der Opposition durchzusetzen und dafür (auf Kosten der Bevölkerung) reichlich honoriert werden. - Natürlich hat jede regierende Partei oder Koalition die Möglichkeit durch entsprechende Gesetze und Vereinbarungen die Berichterstattung zu beeinflussen - Hauptsache jede wirksame Opposition wird dadurch ausgeschaltet.

Möge sich der interessierte Leser selbst ein Urteil über diese Dokumentation bilden um dadurch vielleicht manche durch Medien verbreitete Informationen auch aus einer anderen Perspektive überprüfen bzw. beurteilen zu können.

Frühjahr 2002

Eine Handvoll Männer regiert die Welt.

Nicht die Politiker mit ihren Ideologien - das sind nur die namentlich bekannten Marionetten jeweils einer im Hintergrund agierenden Interessengruppe, welche die finanziellen Mittel für den Wahlkampf der (interessenvertretenden Partei) beistellt und somit mit diesem Einfluß einen ihnen genehmen Personenkreis in diese Partei forciert.

Wie aber kommen diese wenigen Personen zu solchem Einfluß?

Dazu muß man sich etwas mit Wirtschaftsfragen beschäftigen um auszuloten, welche Möglichkeiten dieser Kreis hat, sich diesen Einfluß auf Kosten anderer zu verschaffen.

WERT-PAPIERE

Um (ver-) komplizierte Vorgänge verstehen zu können, muß man vorerst versuchen die in der Regel sehr einfachen Grundgedanken zu erkennen. Wesentlich im Zusammenhang mit diesem Thema erscheinen die Fragen :

WER war der Initiator - WARUM wurden Wert (?) - Papiere eingeführt - und WELCHER Personenkreis zog bzw. zieht vorwiegend Nutzen daraus. Weiters ist zu klären, mit welchem Aufwand an Arbeits-Leistung die Gewinne erzielt werden, - WER diese letztlich bezahlt, - WIE moralisch vertretbar diese Art von Geschäften ist und welche Möglichkeit der Manipulation durch Einzelne gegeben ist.

Meist scheuen Kleinanleger vor dem eingehendem Studium der durch Fachausdrücke, Zahlenkolonnen, Kurven-Diagrammen und ähnlichen verwirrenden Informationen zurück und vertrauen daher lieber den (ihrer Meinung nach) Sachverständigen, z.B. denen einer Bank.

Daß die Interessen einer Bank an diesem Geschäft ganz anders gelagert sind, als dem vertrauensvollen Kunden durch Beratung optimalen Gewinn zu verschaffen, wird natürlich dabei nicht betont und ist dem Kunden auch meist nicht bewußt.

In allgemein verständlicher Form sollen nachstehende Gedankengänge, Überlegungen und Fakten dazu beitragen, allfällig künftige Kleinanleger vor Schaden und Enttäuschung zu bewahren.

Entstehung der WERT-PAPIERE

JOHN LAW, 1671 - 1729, Sohn einer in Irland lebenden jüdischen Familie, (später konvertiert) gilt als Erfinder der Kreditausweitung durch die Einführung von WERT-PAPIEREN. - Durch die Gründung zahlreicher Schwindelunternehmen in England und Frankreich darunter der hinreichend bekannte "Südsee-Schwindel" (richtig Westindien-Schwindel) in England 1720 (als Finanzminister) verursachte er danach den ersten Staats-Bankrott Frankreichs.

Was ist nun ein WERT-PAPIER ?

In früherer Zeit wurde Ware gegen Ware getauscht. - Durch Zunahme des Handels und der nicht immer zum Zeitpunkt des Handels verfügbaren (Gegenwert-) Ware entwickelte sich ein kompatibler Wert in Form von seltenen Edelmetallen (bzw. -Steinen), deren Wert in der Regel dem zur Gewinnung erforderlichen Aufwand an Arbeits-Leistung entsprach und außerdem leichter zu transportieren und aufzubewahren war.

Mit Einführung der (Metall-) Münze als Zahlungsmittel mit bestimmtem Wert wurde auch der Besitz-Wert als Grundlage der Steuerbemessung festlegbar. - Aus diesen Abgaben wurden u.a. auch die "öffentlichen" Aufwände für Strassen, Wasserbeschaffung, aber auch Kriege finanziert. - Die im Laufe der Zeit immer größer werdenden Ausgaben des Staates, (nicht zuletzt der des jeweiligen Herrschers) machten es erforderlich, sich das nicht durch Steuern deckbare Bargeld zu LEIHEN.

Dazu gibt es zwei Möglichkeiten : Gegen ZINSEN aus den baren Ersparnissen der Bevölkerung, - oder von Einzelpersonen mit entsprechendem Barvermögen. - Dies bringt den Staat (und Herrscher) als Schuldner - besonders in letzterem Fall - in Abhängigkeit zum Geldverleiher, der seinerseits dadurch gewisse Privilegien (um nicht zu sagen erpressen) - erwirken kann. (Vergl. Staatsverschuldungen)

Dazu gehören vorzugsweise Titel - (z.B. wurde der oben erwähnte JOHN LAW in England vor dem Südseeschwindel geadelt, - aus AMSCHEL MAYER wurde der BARON ROTHSCHILD usw.) - welche der eigenen Kreditwürdigkeit dienen, - sowie einen Vorzug bei Lieferung von Waren oder sonstige Einflußnahme auf staatliche Entscheidungen garantierten. - Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Zu den Privilegien gehört auch : Geldgeschäfte auf eigene Rechnung durchführen zu dürfen, also mit "GELD als WARE" zu handeln.

Hier beginnt die Quelle des Wirrsals. - Bis hierher war Geld nur der Gegenwert für eine durch Arbeitsleistung produzierte Ware.

Da ZINSEN aber kein durch Arbeitsleistung geschaffener Wert sind, - sondern nur die Waren (zu Ungunsten der Allgemeinheit und zum mühelosen Nutzen des besitzenden Verleihers) verteuern, - stellen sie einen UNECHTEN Wert dar, der letztlich von der Allgemeinheit durch Arbeitsleistung bezahlt werden muß. Solange die Zahlungsmittel durch natürliche Werte (z.B. Grundbesitz oder durch Leistung geschaffene Werte) gedeckt sind, entsteht durch die Zinsen nur eine Umverteilung der Werte zugunsten der daran „Partizipierenden“.

Daß die durch eine übermäßige Umverteilung entstehende Kluft zwischen den „Leistenden“ und den „Partizipierenden“ meist in Revolutionen endet lehrt die Geschichte.

Wie löst nun dieser erwähnte „Personenkreis“ das Problem ?

Es mußte ein UNECHTES Wertmaß gefunden werden, das einerseits die ECHTEN (gedeckten Werte), den „Partizipierenden“ zuführt und andererseits die UNECHTEN (nicht gedeckten) Werte zum **Zahlungsmittel der Leistenden** werden läßt.

Dies ist einfach zu erreichen : z.B. Münzen aus Kupfer mit dem (echten) Wert einer gleichgroßen Goldmünze zu versehen und diese Kupfermünzen als allgemeines Zahlungsmittel einzuführen. - Noch besser eignet sich, anstelle der Münzen hierfür PAPIER-Geld, mit dem auch größte Beträge auf kleinstem Raum festgelegt werden können, - obwohl der (angebliche) Wert dieses Papiers selbst in keinem Verhältnis zum (Material-) Wert des Goldes steht.

Der wesentlichste Unterschied liegt aber darin, daß der Wert des Papiergeldes nur aus einem **VERSPRECHEN** des Ausstellers besteht, den am Papier stehenden Wert gegen den echten Wert (z.B. Gold, das ja aufgrund seiner Deckung durch Leistung kompatibel bleibt), jederzeit einzulösen. - Grundlage ist das Vertrauen der Allgemeinheit auf dieses Versprechen. - Wie oft dieses in jeder Generation bisher gebrochen wurde ist jedem bekannt.

Grund und Boden ist, - da ja nicht beliebig vermehrbar - der sicherste **ECHTE** Wert. Andere produzierte Güter (lang- oder kurzlebige) sind auch, - allerdings als "zeit-begrenzte" echte Werte (gedeckt durch Leistung) anzusehen, - die aber nur zum Teil kompatibel sind. - Strassen (z.B.) sind zwar auch ein echter Wert der für die Allgemeinheit von Nutzen, - aber (z.B. im Ausland) nicht kompatibel ist.

Unechte Werte lassen sich relativ einfach manipulieren. - Beispiel: erhöht man die im Umlauf befindliche Menge des (nicht gedeckten) Papiergeldes, belebt dies zwar die Konjunktur, schafft Arbeit und damit sowohl ECHTE als auch UNECHTE Werte.

Hauptziel (des „Personenkreises“) ist nun, die Echtwerte für sich möglichst sicher anzulegen. - Dazu ist es erforderlich an BARE (erarbeitete) Zahlungsmittel zu kommen und dafür nur auf Versprechen basierende WERTPAPIERE (mit der Verlockung auf mühelosen Gewinn) auszugeben. - Dieses System funktioniert solange, als die jeweiligen Besitzer der Wertpapiere nicht in großer Menge die Einlösung des Versprechens (Umtausch auf Echtwerte oder Barkapital) fordern.

Wertpapiere, - dazu gehören u.a. Aktien oder Anleihen, - können wie WARE z.B. an der BÖRSE gehandelt werden und unterliegen daher, unabhängig vom ECHTEN Wert dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. - Es genügt schon ein in Umlauf gebrachtes Gerücht - um Besitzer aus Angst vor größeren Verlusten zum Verkauf (mit Verlust) ihrer Aktien zu bewegen. Dadurch fällt der (meist überhöhte unechte) Wert und eine Anzahl vertrauender Menschen haben gutes Geld verloren.

Hat sich der (unechte) Börsenwert etwa dem echten Wert genähert, - werden von jenen die das Gerücht verbreitet haben, die Wertpapiere wieder (zum niederen Preis) aufgekauft, - die Aktien steigen, was wieder (hauptsächlich) Kleinanleger aufgrund des vermuteten künftigen Gewinnes zum Kauf der Wertpapiere (mit Bargeld) verleitet. - Das Vorstehende läßt die Manipulierbarkeit dieser Art von Geschäften die letztlich nur der Umverteilung zu Gunsten der Vermögenden dienen, klar erkennen.

Die zum Handel und zur Spekulation mit unechten Werten (von Besitzenden) gegründete Institution ist die BÖRSE. - Die Abwicklung selbst wird von einer begrenzten Zahl von zugelassenen(!) Börsenmaklern vorgenommen. - Diese wieder nehmen ihre Aufträge nur von bestimmten Kunden wie Banken, Versicherungen und anderen Großanlegern entgegen, sodaß der Kleinanleger nur die Möglichkeit hat über eine dieser Institutionen an dem Handel teilzunehmen. - Die MAKLER haben auch das Recht Geschäfte auf eigene Rechnung durchzuführen - was wieder zur Frage führt, **WER** diese Firmen besitzt bzw. beeinflussen kann.

Den Aufwand für Börse, B.-Umsatzsteuer und die Makler trägt der Kunde und wird als Prozentsatz (rd. 0,5 %) der Summe des Kauf- oder Verkauf-Auftrages

verrechnet. - Dem Kleinanleger, der nur über z.B. eine Bank den Auftrag geben kann, wird von dieser darüber hinaus jeweils eine Provision von rd. 0,9 % in Rechnung gestellt.

Die Bank ist daher interessiert möglichst viele Kleinanleger zum Kauf (oder Verkauf) von Wertpapieren zu bewegen, da ihr Verdienst in der **Provision** (ohne Übernahme eines Risikos) liegt. - Nicht unerwähnt sei, daß z.B. die Bank als Großanleger eine Bonifikation (Nettokurs) die immerhin zwischen 0,5 und 2 % ausmacht, erhält, - die natürlich an den Kleinanleger nicht weitergegeben wird.

Für den Kleinanleger, der ja sein Bargeld meist durch ECHT-Leistung verdient hat ergibt sich, daß er erst bei einem über rd. 3 % angestiegenem Kurs gewinnen kann, aber bei fallendem Kurs nicht nur den Kursverlust, - sondern auch die beim Verkauf anfallenden Provisionen und Gebühren zu tragen hat. - Wer spricht da noch von Chancengleichheit ?

Banken brauchen um eigene Geschäfte mit der WARE GELD machen zu können - (und zum Nachweis ihrer Liquidität) BARGELD - und das kommt vorwiegend aus Spareinlagen. Der Eckzinssatz, der einseitig von den Banken verändert werden kann, entspricht etwa der Inflationsrate und ist daher für den Sparer eigentlich nur eine Art von "Wertsicherung ohne Zuwachs".

Die Gewährung von (durch Echtwerte gesicherten) Krediten durch eine Bank ist ein Geschäft mit der WARE Geld, bei der die Bank mit FREMDEM Kapital eigenes Kapital erwirtschaftet, das sie in Echtwerten (z.B. Immobilien oder Majoritätsbeteiligungen an speziellen Firmen) anlegt, bzw. verwertet.

Wie vertrauenswürdig sind Banken ?

09.11.1999 NTV-Text S. 145 5h 11

Trigon zahlt nur fälliges Spargeld aus

Immer nur fünf Kunden wurden auf einmal in die Bank eingelassen. Und diese Kunden hatten viele komplizierte Fragen. So warteten Dutzende von Trigon-Bankkunden heute, Montag (8. November 1999), Stunden lang, um erstmals nach fast zwei Wochen wieder ihr Geldinstitut zu betreten. - Auf eine gewichtige Frage - „Warum kann ich nicht abheben, was ich will ?“ - hatte einer der anwesenden mittleren Manager noch keine Antwort parat.

*

Frage : erinnert das nicht an den im Jänner 2002 eingetretenen Bankenbankrott in Argentinien ? - Könnte dies nicht auch europäische Banken (wie 1929) betreffen?

Eine erstaunliche Ähnlichkeit mit der vorstehenden Meldung hat - man erinnere sich auch an eine steirische Bank in Österreich, - die im Auszug wiedergegebene Beschreibung der Tage vor dem Banken-Crash 1929 an der Wallstreet, von Upton Sinclair:

„ ... Immer länger und länger wurden die Reihen der wartenden Kunden, die Gewölbe der Gesellschaft waren schon fast geleert. Die Kassiere halfen sich auf die Art, daß sie äußerst langsam auszahlten; sie brauchten über eine halbe Stunde, um einen Scheck zu prüfen; dadurch gelang es ihnen immer wieder, sich zu halten, bis neues Geld kam.

Die Sparkassen der Stadt schlossen ihre Türen, machten von dem gesetzlichen Recht Gebrauch, sechzigtägige Kündigung der Einlagen zu fordern. Die Nationalbanken bedienten sich des Mittels, mit Clearing-Haus-Anweisungen zu zahlen.

Die Zeitungen predigten Vertrauen und ermutigten das Publikum; sogar die Zeitungsverkäufer mußten schweigen; ihre schrillen Rufe durften nicht länger die allgemeine Aufregung steigern. Berittene Polizei sprengte durch die Straßen, gestattete keine Zusammenrottung.“

So kam der verhängnisvolle Donnerstag.

*

Die vorstehende, vom Publikum eher wenig beachtete Teletext-Meldung, (da es sich ja nur um eine weitgehend unbekannt Bank handelt), erfordert jedoch, sich näher **mit der Sicherheit von Spareinlagen auch bei größeren Banken und mit Geldanlagen in Aktien zu beschäftigen**. Nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der Fusion der größten deutschen Banken mit großen Versicherungen (Allianz). In Österreich wurden bereits diverse Großbanken in der Bank Austria vereint, diese wieder einer anderen angeschlossen.

*

01.06.2001 ORF1-Text S. 104 3h 18

Fusion Bank Austria-Creditanstalt

Die Bank Austria und die Creditanstalt werden **nächstes Jahr** zu einem Unternehmen verschmolzen. - Künftig soll es unter dem Namen Bank Austria-Creditanstalt nur mehr eine Marke geben. Für die Kunden bedeutet das de facto fast eine Verdoppelung der Filialen.

Von 470 Filialen sollen zumindest 400 erhalten bleiben. Für Finanzminister Grasser kam die Fusion „nicht sehr überraschend“. Zu weiteren

Flurbereinigen im Bankgewerbe meinte er : „Wir müssen trachten, **Vielfalt und Wettbewerb zu erhalten**“.

*

(**Anm.:** Inzwischen ist auch die Bank Austria unter ausländischer Kontrolle)

*

Banken - Spareinlagen - Aktien und Aktiengesellschaften - Börse

Fakten :

Aktie : Wertpapier, das einen **Anteil am Kapital** einer Aktiengesellschaft verkörpert.

Aktien müssen mit **barem Geld** gekauft werden. Dem Erwerber wird dafür ein (**müheloser**) **Gewinn** durch die Beistellung seines Kapitals, **versprochen**. Natürlich ist dabei meistens nicht erwähnt, daß auch **Verluste** vom Erwerber zu tragen sind.

Der prozentuelle Anteil am **Grundkapital**, bzw. wer die Majorität an diesem besitzt, bestimmt und beeinflusst die Geschäfte und alle sonstigen Entscheidungen der Aktiengesellschaft. Das Eigenkapital (Grundkapital und Rücklagen), **das im Falle eines Crash von diesen** (stimmberechtigten) Grundkapital-Besitzern verloren werden kann, **beschränkt sich auf deren Bareinlage**.

Hingegen verliert der Anleger (der nicht stimmberechtigt ist) dann, wenn die AG in Konkurs gerät (also der Kapitalwert an der Börse auf ein Minimum sinkt) **sein vorher im Vertrauen auf Gewinn investiertes Bargeld**.

Fazit : Der **Herausgeber der Aktien** macht mit einem Minimalaufwand an **eigenem Bargeld** von ihm bestimmte und kontrollierte Geschäfte. Das Risiko im Falle eines Bankrotts der AG - sei er von den Kontrolleuren aus Unfähigkeit oder bewußt herbeigeführt worden, - tragen die **vertrauenden Aktionäre ohne Stimmrecht**. (Kommt daher das Wort : Die Gläubiger, - die an Ehrhaftigkeit des Schuldners Glaubenden ?).

Als Beispiel sei der Börsengang der „Telecom-Aktie“ näher betrachtet. Die Werbung in den (von wem kontrollierten?) Medien, die Aussagen des obersten Chefs der Telecom, (A-)ron Sommer - und seine Rechtfertigung nachdem die vertrauensvollen Privat-Anleger fast ihr ganzes Barkapitals verloren haben.

31.05.2001 ZDF-Text S. 120 18h 57

Bald **Privatmehrheit** bei Telecom

Die Deutsche Telecom AG wird mit der Übernahme der US-Mobilfunkgesellschaft Voice-Stream mehrheitlich in Privatbesitz sein. Der Anteil des Bundes und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gehe auf 45 Prozent zurück, sagte ein Telecom-Sprecher in Bonn. Derzeit besitzt der Bund 43 Prozent der Anteile, 17 Prozent sind bei der KfW geparkt. - Der hohe Staatsanteil an der Bonner Aktiengesellschaft hatte **in den USA** für Debatten gesorgt. Die Bundesregierung versicherte daraufhin, der deutsche Staatsanteil solle in der Zukunft weiter zurückgehen.

*

Frage : Nicht zu vergessen, daß der Hauptaktionär die Bundesrepublik Deutschland ist, (bzw. war). Wo ist das (verlorene) Geld geblieben ? - Wer hat daran verdient ? - Wer trägt den Verlust ? - Wer zieht den Hauptverantwortlichen (A)ron Sommer zur Verantwortung ?

Die Beteiligung (Bar-Einlage) einer Aktiengesellschaft (am Grundkapital) einer anderen AG kann nach Vorstehendem wieder nur aus dem **Grundkapital der Stamm-AG** erfolgen. Tatsächlich geschieht dies durch Abtretung von Schuldforderungen an Dritte. Damit erhält die (z.B. mit 51% oder als Sperrminorität mit 25% plus eine Aktie) beteiligte AG auch die Kontrolle über die andere AG. - Das Risiko tragen wieder siehe wie vor

*

Ein Grundsatz der MACHT

Es kommt nicht darauf an wieviel jemand "besitzt" sondern wieviel er "kontrolliert". - Als Beispiel: Wer für sein Bankguthaben von 100.000 S 10% Zinsen pro Jahr bekommt wird um 10.000 S reicher. - Hingegen kann ein Mann dem die Entscheidung der Vergabe von Aufträgen im Gesamtwert von 1 Mio. S obliegt (ohne diese zu besitzen) sich leicht durch (Bestechlichkeit, nennen wir es) "Vermittlungshonorar", sagen wir ebenfalls 10%, also 100.000 S ein weitaus besseres Einkommen verschaffen.

*

Ist es undenkbar, daß sich solches wiederholen könnte ? Wie sind die Spareinlagen der vertrauenden Sparer bei einer Bank gesichert ? - Mit welchem Prozentsatz zu der Bilanzsumme bzw. zum **Eigenkapital** der Bank ? Dazu nachfolgende Übersicht :

Daten aus „Wem gehört die Republik 99“, R. Liedtke, Eichbornverlag, 1998:

Bankendaten			
(Zahlen in Mia. DM)			
	Deutsche	Dresdner	DG Bank
Bilanzsumme	1.042,964	676,885	373,568
Grundkapital (in % zur Bilanzsumme)	2,656 0,25%	2,167 0,32%	2,534 0,68%
Fremdgelder insgesamt (in % zur Bilanzsumme)	? ?	613,953 90,70%	336,937 90,16%
Eigenkapital (in % zur Bilanzsumme)	32,086 3,08%	15,232 2,25%	6,146 1,65%
Risikovorsorge (in % zur Bilanzsumme)	2,205 0,21%	1,286 0,19%	0,182 0,05%
Beteiligungen (Verhältnis zum Grundkapital)	35,811 13,5 : 1	7,817 3,6 : 1	1,432 0,56 : 1
Sachanlagen (Verhältnis zum Grundkapital)	11,530 4,34 : 1	10,535 4,86 : 1	2,714 1,07 : 1

*

Vergleichen Sie, mit welchen (im Verhältnis zu den Umsätzen) geringem eigenen Kapitalaufwand der Stimmberechtigten Aktionäre Geschäfte und Kapitalflüsse kontrolliert werden und mit welchen Beträgen diese - im Falle eines Konkurses - haften, wer das Risiko trägt und wer das meiste Geld verlieren kann.

Letztendlich bezahlt 'das Volk' den Verlust an Steuern zur Abdeckung des Staatshaushalts durch nichteinbringliche Forderungen der Gläubiger (diese sind von der Steuer absetzbare Beträge). Dadurch steigt die Staatsverschuldung, die spätere Generationen abarbeiten dürfen.

*

Fusionen und Übernahmen

Diese beiden Worte sind in den Medien und der Wirtschaft weit verbreitet. Was sie aber im Detail bedeuten, wird unterschiedlich interpretiert. Meist werden dabei die Vorteile angeführt, wie die Vereinfachung der Verwaltung (was natürlich für viele Beschäftigte die Entlassung bedeutet), Verbilligung der Waren durch Großeinkauf, (durch den Preisdruck können nur mehr Großbetriebe konkurrenzfähig sein, der kleinere Produzent nicht). Die Qualität der Waren sinkt, nicht zuletzt durch den Einfluß bzw. Lobbyismus bei der EU.

Allgemein wird angenommen, daß es sich bei dem genannten „Preis“ für eine solche „Übernahme“ eines Betriebes durch einen anderen um „bares, echtes Geld“ (oft in Milliardenhöhe) handelt. - **Der weitverbreitetste Irrglaube !**

Bezahlt wird mit (den fiktiven, spekulativ beeinflussbaren) Aktienanteilen, sowie mit der Abtretung von „Schuld-Verpflichtungen“ die aufgrund von „Zinsen“, (also „unechtem“, nicht erarbeitetem Geld) entstanden sind.

Mag das für einzelne Betriebe ein schmerzlicher Verlust an Eigenständigkeit sein, - für Privatpersonen einen Verlust des Arbeitsplatzes und damit auch einen sozialen Abstieg bedeuten, - so ist es die Aufnahme von Schulden (im Namen des Volkes) durch (opportune ?) Politiker der vorhersehbare, unweigerliche Weg zum Ausverkauf des eigenen Landes.

Ein Argument der Politiker : "Andere haben auch Schulden (und noch viel mehr als wir), veranlaßte mich die Netto - Staatsverschuldungen der einzelnen (insgesamt 172) Länder aufzulisten und deren Größenordnung festzustellen. - Ein überraschendes Ergebnis - ALLE Staaten haben eine - mitunter enorme Verschuldung aufzuweisen.

Als weitaus größtes Schuldnerland scheint darin die USA auf. In New York, Lt Angabe des „Bureau of Publik Debt“ in New York beträgt die US-Staatsschuld mit Stand am 29. 11.2001: 5,896.680,618.134 \$

Das sind rd. **5.897 Milliarden Dollar.**

Es ist kein Geheimnis, daß hohe Zahlenwerte das Vorstellungsvermögen eines „Normal-Bürgers“ überfordern, der im täglichen Leben kaum damit konfrontiert wird. Bestenfalls ist noch die Zahl „Million“ und der damit verbundene Kaufwert einer Ware, (z.B. eines Grundstückes, Hauses, oder teuren Gebrauchsgutes), ein realer Begriff.

Daher erscheint es nützlich, auch „Normal-Bürgern“ eine vergleichbare und auch ihnen verständliche Darstellung über die Größenordnungen der von den Politikern „im Namen des Volkes“ verwalteten, verwendeten, oder verschenkten Geldsummen, zu geben.

Besonders sind auch die Begriffe „**Neuverschuldung**“ und „**Haushaltsdefizit**“ im Zusammenhang mit der „**Staatsverschuldung**“ zu verdeutlichen, um das Ausmaß und den Grund der von Politikern verfügbaren Maßnahmen zu verstehen.

*

27.03.2001 K1-Text S. 15 10h 14

Staatsschulden weiter gestiegen

Die Staatsschulden sind trotz der Milliarden-Einnahmen aus der UMTS-Versteigerung im letzten Jahr weiter angestiegen. Ende vergangenen Jahres waren es **2,33 Billionen Mark.** Laut Statistischem Bundesamt sind dies 1,7% mehr als 1999. Allerdings wurde nicht die gesamte Summe der fast **100 Mrd. Mark UMTS-Erlöse** zur Schuldentilgung eingesetzt, sondern nur ein Drittel. Der Restbetrag steht für das erste Quartal dieses Jahres zur Schuldentilgung zur Verfügung.

28.03.2001 3Sat - Talk mit Frauen aller österreichischen Parteien. Rauch-Kallat gibt die **Staatsverschuldung mit 1,7 Billionen S** und die **jährlichen Zinsen mit über 100 Mia. S jährlich,** unwidersprochen, bekannt.

*

Diese beiden Meldungen sollen einer näheren Betrachtung unterzogen werden und als Beispiele dienen.

	als Zahl ausgedrückt
Eine Million sind 1.000 mal 1.000	1,000.000
Eine Milliarde sind 1.000 Millionen	1.000,000.000
Eine Billion sind 1.000 Milliarden	1,000.000,000.000
verständlicher ausgedrückt : Eine Million Millionen.	

Laut Fischer Almanach (98) hat Österreich eine Bevölkerung von rd. 8,0 Mio. In Wien leben davon rd. 1,6 Mio.

Somit könnte man mit der Summe der Staatsschulden **jedem Österreicher** (gekürzt: 1,700.000 Mio : 8 Mio =) **212.500 S**, oder **jedem Wiener** Einwohner (gek.: 1,700.000 Mio : 1,6 Mio =) rd. **über 1 Million S geben**.

Auf die **jährlichen Zinsen** entfallen: (gek.: 100.000 Mio : 8 Mio =) **rd. 12.500 S** pro Einwohner Österreichs. Dieser Betrag müßte demnach von jedem Einwohner Österreichs, **vom Kleinkind bis zum Rentner** erarbeitet oder sonst wie aufgebracht werden, **nur um die jährlichen Zinsen** bezahlen zu können.

Wenn nun der Überschuß im Staatshaushalt eines Jahres (Budget) **weniger als die Zinsen** beträgt, wird von den Politikern dafür ein **neuer weiterer Kredit** aufgenommen (**Neuverschuldung**).

Das heißt aber nicht, daß wir damit "**zusätzlich**" Geld von einem unserer Gläubiger zur Ankurbelung der Wirtschaft oder zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bekommen würden (wie es uns die meisten Politiker glaubhaft machen wollen) - sondern daß nur **unser Schuldenkonto** um den Betrag der "Neuverschuldung" **erhöht** wird - wofür wir natürlich entsprechend auch wieder Zinsen zu zahlen haben, die von denen die (noch) Arbeit haben, erwirtschaftet werden müssen.

Allgemein wird auf die (unangenehme) Frage : "Wo soll das hinführen" - auf ein Zitat des österreichischen Altbundeskanzler Kreisky (besonders von dessen Nachfolgern) hingewiesen, der "lieber ein paar Milliarden Schulden machen würde um Arbeitsplätze zu erhalten - statt das Geld für Arbeitslose auszugeben".

Nur darf zur Ehre Kreiskys bemerkt werden, daß es sich zum Zeitpunkt dieses Zitates um eine "**Gesamtstaatsverschuldung**" von **8 Mia ÖS** gehandelt hat - also weniger als 10% der "Zinsen" die wir heute zu zahlen haben - aber das wird nicht betont, sondern verschwiegen.

Wenn wir aber, (trotz aller entwicklungsschädigenden „Sparmaßnahmen“) nicht einmal imstande sind die „Zinsen“ aufzubringen, wie sollten wir dann je das ursprüngliche Kapital zurückzahlen ? - Es sei denn, unsere Nachkommen müssen die Schulden (zu den Bedingungen und zugunsten der „Gläubiger“) abarbeiten.

Zum zweiten Beispiel, der USA-Staatsschulden. Im Jahr 2000 betrug die gesamte Weltbevölkerung lt. Fischer Almanach 2000 rund 6 Milliarden Menschen. Das ergibt, wie im vorigen Beispiel errechnet, daß **jedem**

menschlichen Lebewesen, vom Säugling bis zum Greis Lebensmittel oder Friedensgüter im Betrag von :

(gekürzt) 5.897 Mia \$: 6 Mia Menschen = **rd. 1.000 Dollar**

gegeben werden könnten. Anstelle dessen werden durch Flächenbombardements wie z. B. in Afghanistan, Irak, Jugoslawien usw. Menschen ermordet. Andere Staaten werden mit Kriegsmaterial (an dem sich enorme Summen verdienen lassen) beliefert. Für diese entstehen dadurch wieder Staatsschulden.

Einen nicht unerheblichen Anteil an der Staatsverschuldung haben, neben der Schuldzuweisung (und Anerkennung einer solchen durch (opportune ?) Politiker als „moralische Verpflichtung“ auf Kosten des ganzen Volkes) :

Die Sammelklagen

Da sich der Nachweis der Anspruchsberechtigung einzelner Geschädigter durch die Beibringung von „Beweisen“ als unergibig erwies, wurden durch „Erpressung“ europäischer Banken, Versicherungen und renommierter Firmen - denen durch Androhung von kostspieligen „Klagen“ und „Boykott“ ihrer Geschäfte in den **USA** ein großer finanzieller Schaden entstehen würde - zu einem „Vergleich“ gezwungen. - Dazu eine charakteristische Teletext-Nachricht

*

12.03.1998 3Sat-Text S. 116 3 h 06

Bronfman fordert von Bern 3 Mrd. Dollar

Edgar Bronfman, Präsident des Jüdischen Weltkongresses, fordert von den Schweizer Banken drei Milliarden Dollar für eine Beilegung des Konflikts um die nachrichtenlosen Vermögen. - In einem Interview mit dem "Jewish Bulletin of Northern California" erklärte Bronfman, **er** habe diese **Globalsumme** gefordert. Nach deren Zahlung würden die Sammelklagen gegen die Schweizer Banken fallengelassen. - **Im Falle einer Schweizer Weigerung komme es zu einem "totalen Krieg"**. Wenn sich Bern weiterhin gegen eine Lösung stemme, müsse er die US-Aktionäre aufrufen, ihre Geschäfte mit der Schweiz zu suspendieren.

*

Anm.: Zum Vergleich nachstehend die ebenso unehrenhafte wie erpresserische Drohung des Jüdischen Weltkongresses vom 24.03.1933 - allerdings ließ sich damals Hitler nicht erpressen, sondern ordnete die gleiche Maßnahme gegen jüdische Geschäfte ab 01.04.1933 an. (**Frage : Als Reaktion ?**)

24.03.1933 Das Judentum erklärt Deutschland den Krieg - Veröffentlicht im Daily Express - Aufruf zum Boykott deutscher Waren in London und New York: Darin heißt es unter anderem : "Ganz Israel in der gesamten Welt schließt

sich zusammen, um den Wirtschafts- und Finanzkrieg gegen Deutschland zu erklären" ...

*

Der Unterschied zwischen Einzel - und Sammelklage besteht darin, daß im ersten Fall ein „**Beweis**“ des Anspruches und die Höhe dessen erbracht werden muß - hingegen bei Letzterer nur eine „undetaillierte“ Gesamtsumme als Verhandlungsbasis und **ohne Einzelnachweis** als „**Globalforderung**“ eingeklagt wird, die dann üblicherweise mit einem „Vergleich“ endet.

Wenn einmal eine solche Vereinbarung getroffen wurde - besteht auch ein „gesetzlicher“ Anspruch hierauf. - Nun sind aber die vereinbarten riesigen Summen nicht als Barreserve der Banken oder Versicherungen vorhanden. Wird aber der Anspruch in Form von „Aktienanteilen“ der jeweiligen Gesellschaft abgedeckt, so übernimmt der „Begünstigte“ die Kontrolle über diese, **ohne sie mit Bargeld kaufen** zu müssen.

Dies erscheint als der eigentliche Zweck !

*

**(Dokumentation aus „ZUR ZEIT“ , Nr. 34 / 98 21. - 27. August 1998 S. 6)
Exclusiv : Im vertraulichen Originaltext aus dem Finanzministerium**

Österreichische Leistungen für Verfolgte des NS-Regimes

I. Vorbemerkung

Bei den von Österreich seit 1945 erbrachten Leistungen oder erlassenen gesetzlichen Maßnahmen zugunsten von durch das NS-Regime verfolgten Personen darf die verschiedene Position Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland nicht außer acht gelassen werden. Wenn auch NS-Verfolgungsmaßnahmen von Österreichern durchgeführt worden waren, so waren diese nur infolge der deutschen Besetzung Österreichs möglich.

Österreich hat während der deutschen Besetzung nicht bestanden. Die Verfolgungsmaßnahmen sind somit nicht von Österreichischen Behörden und auch nicht auf Grund Österreichischer Gesetze veranlaßt worden. Dies ist der Grund, warum Österreich grundsätzlich zu einer „Wiedergutmachung“ nicht verpflichtet ist, weil nach den allgemeinen Rechtsgrundlagen ein Unrecht von dem gutzumachen ist, der es veranlaßt hat. Österreich hat aber in Berücksichtigung des schweren Unrechtes, das den politisch Verfolgten während der NS-Zeit angetan worden war, es als eine moralische Pflicht angesehen, über die Rückstellung entzogener Vermögenswerte hinaus auch

gewisse Entschädigungszahlungen auf sich zu nehmen und andere gesetzliche Maßnahmen zu treffen, die das Unglück der Verfolgten milderte.

II. Rückstellung, Entschädigungsleistungen, sozialversicherungs-rechtliche Leistungen u.s.w.

Während in der BRD die Wiedergutmachungsverpflichtungen in einigen wenigen Gesetzen zusammengefaßt wurden, besteht in Österreich eine Vielfalt von Gesetzen und Maßnahmen für politisch Verfolgte. Dem oberflächlichen Beobachter, der von den zahlreichen Österreichischen Gesetzen keine Kenntnis hat, mag es erscheinen, daß Österreich im Vergleich zur BRD nur höchst unzureichende Leistungen erbracht hat.

Die gesetzlichen Maßnahmen sind folgende:

1. **Rückstellungsgesetze** (BGBl Nr 156/1946, 53, 54 und 143/1947, 164, 199 und 207/1949).

Rückstellungsanspruchsgesetze (BGBl. Nr 256/1947, 176/1951, 23/1954 und 133/1961).

Auf Grund der Rückstellungsgesetze wurden über 43.000 Rückstellungsanträge positiv erledigt, wodurch Werte in einem nicht schätzbaren Betrag zurückgestellt wurden. Der Wert eines Rückstellungsobjektes spielte nämlich bei der Rückstellung keine Rolle. In mehr als 15.000 Fällen wurden außerdem noch Vergleiche abgeschlossen. Die Durchführung der Rückstellungen hat an Verwaltungskosten und Gebührenentgang einen Betrag von ca. 120 Mio. Schilling erfordert.

2. **Auffangorganisationengesetz:** (BGBl Nr. 73/1957) und fünf Novellen (BGBl Nr: 285/1958, 62 und 306/1959, 287/1960 und 149/1966). Mit Bundesgesetz vom 13. März 1957 (Auffangorganisationengesetz), BGBl. Nr.73/1957, wurden die Sammelstellen "A" und "B" errichtet.

Der Sammelstelle "A" wurden alle Ansprüche aus Vermögenschaften, gesetzliche Rechte und Interessen im Sinne des Art. 26 § 2 des österreichischen Staatsvertrages übertragen, die Personen zustanden, die am 31.12. 1937 der israelitischen Religionsgemeinschaft angehört haben; der Sammelstelle "B" jene Ansprüche, die Personen zustanden, die am 31. 12. 1937 nicht der israelitischen Religionsgemeinschaft angehört haben.

Die Tätigkeit der Sammelstellen bestand in der Ausforschung und Sammlung des unbeanspruchten oder erblos gebliebenen Vermögens sowie einer Verwendung für die Wiedergutmachung an Opfer der NS-Verfolgung.

Nach den Bestimmungen über die Aufteilung der Gesamtmittel der Sammelstellen gemäß Bundesgesetz vorn 5. April 1962, BGBl. Nr.108 wurde der Sammelstelle ein Betrag von öS 173.183.572,- und der Sammelstelle „B“ ein Betrag von öS 50.295.893,- zugewiesen und die Verwendung der Mittel durch die am 9. Mai 1962 erlassenen und vorn Bundesministerium für Inneres genehmigten Statuten in der Weise geregelt, daß in Österreich lebende Antragsteller Zuwendungen erhalten konnten, sofern sie aus politischen oder religiösen Gründen oder wegen ihrer Abstammung Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt waren. Bei der Sammelstelle „A“ langten 7.458 Anträge ein, bei der Sammelstelle „B“ 12.012 Anträge, die Höchstzahlung betrug öS 22.800,- die Mindestzahlung öS 2.000,-. Nach Verteilung der Gesamtmittel wurden die beiden Sammelstellen mit Bescheid des Bundesministeriums für Inneres vom 10. Mai 1972, Zl. 6017/5f-36/97, aufgelöst.

3. **Sammelstellen-Abgeltungsgesetz** (BGBl. Nr. 150/1966)

a) Zur Abgeltung von Ansprüchen der „Sammelstellen“ auf erblos gebliebene Vermögenswerte, die durch den Nationalsozialismus verfolgten Personen gehört haben, sowie zur Abgeltung noch anderer Ansprüche hat der Bund im Oktober 1966 den Betrag von 22,7 Mio. Schilling bezahlt.

b) Gemäß § 8 des Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetzes, BGBl. Nr. 294/1969, wurde den Sammelstellen zur Abgeltung der Ansprüche auf Übertragung von Kunst- und Kulturgut, das Personen gehört hat, die durch das NS-Regime verfolgt wurden und von diesen nicht beansprucht wurde, ein Betrag von fünf Millionen Schilling überwiesen.

4. **Opferfürsorgegesetz** (BGBl. Nr. 183/1947 und 28 Novellen)

Aufwendungen nach dem Opfergesetz für Renten, Heilfürsorge, Entschädigungsleistungen und Haftentschädigungen.

5. **Hilfsfondsgesetz** (BGBl. Nr. 25/1956, 178/1962 und 714/1976).

a) Gemäß Art. 25 des österreich. Staatsvertrages vom 15. Mai 1955, BGBl. Nr.152, wurde für Wiedergutmachungszahlungen an NS-Opfer der „Fonds zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte, die ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt im Ausland haben“ (alter Hilfsfonds) mit Bundesgesetz vom 18. Jänner 1956, BGBl. Nr.25, errichtet. Dem Fonds wurden Bundesmittel in Höhe von 550 Millionen Schilling gewidmet.

23.375 Antragsteller, (eingeteilt in Gruppen im Sinne der Statuten) erhielten einmalige Zuwendungen zwischen öS 5.000,- und öS 60.000,- plus 50 Prozent für die gemeinsam im Haushalt lebende Ehegattin (die Höchstzuwendung setzte sich zusammen: B/a öS 30.000,- + A/a öS 30.000,-),

b) Mit Bundesgesetz vom 13.Juni1962, BGBl. Nr.178, wurden dem "Fonds zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte, die ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt im Ausland haben" (Neuer Hilfsfonds) zusätzlich 600 Millionen Schilling gewidmet (auf Grund des Kreuznacher Abkommens hat die BRD 300 Mio. ös gezahlt; Regelung für Verfolgte Teil II des Finanz- und Ausgleichsvertrages mit der BRD vom 27. Nov. 1961.), die ausschließlich für Zuwendungen wegen Berufsschäden und Schäden infolge Abbruchs der Berufsausbildung oder einer vorberuflichen Ausbildung zu verwenden waren. Aus 34.800 Empfängern gelangten als einmalige Entschädigung öS 6.000,- (wegen Abbruchs der Berufsausbildung) und öS 19.400,-bzw. 20.000,- wegen Berufsschäden (dem Jahrgang entsprechend) zur Auszahlung.

c) Mit Bundesgesetz vom 13.Dez.1976, BGBl. Nr.714 (wurde der „Fonds zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte" mit 440 Millionen Schilling aufgestockt. Legitimiert zur Antragstellung waren bedürftige in- und ausländische ehemalige österreichische NS-Opfer.

33.223 Antragsteller erhielten Zuwendungen zwischen 7.000,- und 30.000,- Schilling. Die Beträge waren nach dem Grad der Bedürftigkeit (Krankheit) abgestuft.

Der Hilfsfonds wurde nach Verwendung aller seiner Mittel mit Verfügung des BMF vom 5.Mai 1982, Zl.64 1201/1-I/6/86, aufgelöst.

6. Abgeltungsfonds (BGBl Nr. 100/1961)

Mit Bundesgesetz vom 22. März 1961, BGBl. Nr.100, wurde der „Fonds zur Abgeltung von Vermögensverlusten politisch Verfolgter" (Abgeltungsfonds) errichtet.

Auf Grund dieses Gesetzes wurde das BMF ermächtigt, dem Fonds 6 Millionen US-Dollar - Schillinggegenwert 155.220.000,- zuzüglich 10 Prozent pauschalierter Verwaltungskosten für Zuwendungen an Personen zur Verfügung zu stellen, die zwischen dem 13.3.1938 und dem 8.5.1945 wegen der rassistischen Abstammung oder der Religion oder im Zuge anderer nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen bestimmte Vermögensverluste (Bankguthaben, Wertpapiere, Bargeld, Hypothekarforderungen) erlitten hatten, bzw. zur Entrichtung diskriminierender Abgaben (Reichsfluchtsteuer, Judenvermögensabgabe) verhalten worden waren.

Der Abgeltungsfonds hatte letztlich für 8.335 Antragsteller insgesamt mehr als 185 Mio. Schilling zur Verfügung, denn aus den Erträgen (Zinsen) der jeweils freien Fondsmittel konnte zufolge besonders günstiger

Anlagebedingungen nicht nur der gesamte Verwaltungsaufwand des Fonds abgedeckt werden, sondern darüberhinaus noch über 14 Millionen Schilling für den Zweckaufwand zur Verfügung gestellt werden.

Kleinere Vermögensverluste bis zu öS 47.250,- konnten mit 100 Prozent, größere mit 48,5 Prozent, jedoch zumindest öS 47.250,- entschädigt werden. Der Abgeltungsfonds wurde nach Aufzehrung seiner Mittel mit Verfügung des BMF vom 25. September 1974, ZL 71.555/10/17b/74, aufgelöst.

7. Privatversicherungswesen .

Auf Grund des Bundesgesetzes vom 26. Juni 1958, BGBl Nr 130/1958, hat die Republik Österreich Zahlungen in jenen Fällen geleistet, in denen Lebensversicherungspolizzen vor 1945 vom Deutschen Reich eingezogen wurden.

8. Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz (BGBl Nr. 127/1958)

sah eine Entschädigung für Verluste an Hausrat und Berufsinventar vor. Die Aufwendungen für rassistisch verfolgte Personen belaufen sich auf 150 Mio. S.

9. Israelitische Kultusgemeinde

Mit dem Bundesgesetz BGBl. 220/1960 hat die Republik Österreich es übernommen, den Israelitischen Kultusgemeinden in Österreich eine einmalige Zuwendung von 30 Mio. S und darüber hinaus eine jährliche Zuwendung von 1,8 Mio S. zu leisten.

10. „Histadrut“ (BGBl Nr. 151/1966)

Mit dem Bundesgesetz vom 7. Juli 1966, BGBl. 151/1966, wurde der Bundesminister für Finanzen, der „Histadrut“ in Tel Aviv, das ist der Israelische Gewerkschaftsbund, als Österreichischen Beitrag für die Errichtung des Ausländerseminars für Jugendliche in Ohalo am See Genezareth den nicht rückzahlbaren Betrag in der Höhe von 3,5 Mio. S. in zwei Teilbeträgen zu gewähren.

11. Lagermäßige Unterbringung jüdischer Flüchtlinge

im Rahmen der Ausländerbetreuung für jüdische Flüchtlinge wurde als österreichische Beteiligung in der Zeit von 1945 bis 1956 insgesamt der Betrag von S 101, 800.000,- aufgewendet.

12. Außerordentliche Versorgungsgenüsse

Der Bund hat in den Jahren 1960 bis 1965 in Form von Bundesbeiträgen an die Gemeinde Wien oder an Sozialversicherungsträger zur Gewährung außerordentlicher Versorgungsgenüsse an ehemalige Bedienstete, die wegen

nationalsozialistischer Verfolgung nach dem 13. März 1938 emigriert sind, insgesamt S 24,500.000,- aufgewendet

13. Dienst- und pensionsrechtlich gewährte Begünstigungen für rassisch und politisch Verfolgte (Erhöhung des Pensionsalters, begünstigte Anrechnung von Vordienstzeiten, usw...)

a) Soweit auf verfolgt gewesene Personen die Bestimmung des Allgemeinen Sozialversicherungs-gesetzes (ASVG) in Betracht kommen, sind in den §§ 500 bis 506 ASVG „Begünstigungen für Geschädigte aus politischen oder religiösen Gründen oder aus Gründen der Abstammung“ gedrosselt enthalten.

b) § 2 des Opferfürsorgegesetzes (OFG) enthält einen Katalog der bestehenden Begünstigungen, Fürsorge- und Entschädigungsmaßnahmen, wie z.B. Begünstigungen auf dem Gebiete der Renten-und Unfallversicherung; weiters bei Gründung, Wiederaufrichtung, Unterstützung der wirtschaftlichen Existenz, ebenso bei der Vergebung von Geschäftsstellen der Klassenlotterie, Lottokollekturen und Tabakverschleißgeschäfte. Begünstigungen auf den Gebieten der Steuer- und Gebührenpflicht durch Nachlaß und Ermäßigung von Studien und Prüfungsgeldern; Fürsorgemaßnahmen an Inhaber einer Amtsbescheinigung hinsichtlich der Renten-, Heil- und Kinderfürsorge.

c) Für rassisch und politisch Verfolgte bestehen folgende dienst- und pensionsrechtliche Begünstigungen:

- 1) Rehabilitierung gem. § 4 Beamten-Überleitungsgesetz, StGBI. Nr.134/1945;
- 2) Doppelte Anrechnung einer Haftzeit für die Bemessung des Ruhegenusses gemäß § 66 Abs.1 GÜG, BGBI. Nr. 22/1947;
- 3) Auf Beamte, die unter Punkt 2) fallen, finden, wenn sie infolge einer während der Haft erlittenen Gesundheitsschädigung dienstunfähig wurden, die Bestimmungen der §§ 9 und 20 des Pensionsgesetzes 1965, BGBI. Nr. 340/1965, Anwendung (§ 66 Abs. 3, GÜG in Verbindung mit § 59 Abs. 1 Pkt 7 PG 1965);
- 4) Beamte die unter Pkt 2) fallen, sind auf eigenes Ansuchen auch ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit in den dauernden Ruhestand zu versetzen, wenn sie Anspruch auf Ruhegenuß erlangt haben (§ 66 Abs. 4 GÜG);
- 5) Doppelte Anrechnung einer Haftzeit für die Vorrückung gemäß § 86 Abs. 1 Geh.Ges. 1956, BGBI. Nr. 54/1956);

6) Beamte, die unter Pkt 5) fallen, können gemäß § 86 Abs. 2 Geh.Ges. 1956 durch Vorrückung weitere Gehaltsstufen erreichen.

7) Für ehem. Bundesbedienstete (Hinterbliebene), die nach der Besetzung Österreichs im Jahre 1938 aus politischen oder rassistischen Gründen ins Ausland emigriert sind und in der Folge unter Verlust der österreich. Staatsbürgerschaft und des Anspruchs (der Anwartschaft) auf Ruhe (Versorgungs-)genuß eine fremde Staatsbürgerschaft erworben haben, wird ein a. o. Versorgungsgenuß im Ausmaß des Ruhe(Versorgungs-)genusses gezahlt, der im Anspruchsfalle jeweils in Betracht kommt. Bei der Ermittlung dieses a. o. Versorgungsgenusses gelangt bei den Bediensteten, die sich am 13.3. 1938 im Dienststand befanden, der Zeitraum vom 13.3.1938 bis 27.4.1945 für die Vorrückung und die Bemessung des Ruhegenusses zur Anwendung.

14. Andere Begünstigungen für Verfolgte

a) Inhaber von Amtsbescheinigungen können gegen Bezahlung einer entsprechenden Gebühr besondere Ausweise erhalten, um Tarifiermäßigungen im Bereich der Bundesbahn in Anspruch nehmen zu können.

b) Den nach Österreich zurückgekehrten Emigranten wurden Gewerbeberechtigungen und Konzessionen wiederum erteilt, wenn darum angesucht wurde; die Bestimmungen des damals noch in Kraft gestandenen Untersagungsgesetzes wurden dabei nicht angewandt. Ebenso wurden Patent- und Musterschutzrechte wiederum erteilt. Jene Personen, die während der NS-Zeit ihre Stellung im Wirtschaftsleben verloren und damals die ihnen gebührenden Bezüge nicht mehr erhalten haben, wurden nach dem Siebenten Rückstellungsgesetz berücksichtigt.

Durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 167 / 1962 konnten 173 Fälle mit einer Gesamtzuwendung von S 496.366,- geregelt werden, weil Dienstgeber in diesen Fällen nicht mehr vorhanden waren und daher Dienstnehmer in diesen Fällen nach dem Siebenten Rückstellungsgesetz nicht durchgedrungen sind.

c) Durch den Verzicht auf Abgaben im Zusammenhang mit der Rückstellungsgesetzgebung und durch Steuerermäßigungen. (Abschreibungen), welche den politisch verfolgten Personen, gewährt wurden, hat die Republik Österreich den politisch verfolgten Personen indirekt über eine halbe Milliarde Schilling zugewendet. Des weiteren wurden jene rassistisch und politisch verfolgten Personen, die zwar am 27.7.1955, nicht aber auch am 8. Mai 1945 Staatsangehörige einer der Vereinten Nationen waren, von den Besatzungskostenbeiträgen vom Vermögen befreit und damit denjenigen Personen

gleichgestellt, die an den beiden genannten Stichtagen die Staatsbürgerschaft eine der Vereinten Nationen besessen haben.

Alles in allem ergibt sich, daß die Entschädigungsmaßnahmen sowie die gesetzlichen Regelungen anderer Art vielfältiger Natur sind. Der Beitrag der Republik Österreich zur Milderung der eingetretenen materiellen Verluste der rassisch Verfolgten ist unter Berücksichtigung der zahlreichen Verpflichtungen Österreichs aus dem Staatsvertrag, der Milderung der sich aus dem Krieg und der Nachkriegszeit ergebenden Schädigungen und unter Bedachtnahme auf die Nichtverantwortlichkeit für alle derartigen Schäden keineswegs als gering zu bezeichnen. Die Entschädigungsleistungen für die politisch Verfolgten, von denen der überwiegende Teil den rassisch Verfolgten zuzurechnen ist, sind jedenfalls bedeutend größer als die für die anderen durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse geschädigten Personen.

*

Gedanken zur Einheitswährung : EURO

Bisher konnte ein nationaler Staat durch Zölle oder Devisenverkehrsbeschränkungen Maßnahmen zur inneren Stabilisierung seiner Währung treffen. Dies bis hin zum reinen Waren-Tausch mit anderen Ländern. (Beispiel 1933 - 1945). Durch die EU wird neben dem Wegfall dieser Möglichkeit auch noch die „Selbstversorgung“ der einzelnen Länder durch (international bestimmte) Verordnungen (z.B. Auflassung von landwirtschaftlich genutzten Flächen, Saatgut-Produktionsverbote, Exportbeschränkungen, usw.) zerstört und damit die Abhängigkeit der Nationalstaaten von den „INTERNAZIS“ (steht für „**Internationalisten**“), festgelegt.

Allfälliger Widerstand „national“ eingestellter Bürger wird durch die Unterwanderung durch Ausländer, sowie durch von (opportunen ?) Politikern erlassenen Strafgesetze (Verbreitung von nationalsozialistischem Gedankengut, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Volksverhetzung, usw.), bekämpft, bzw. unterdrückt.

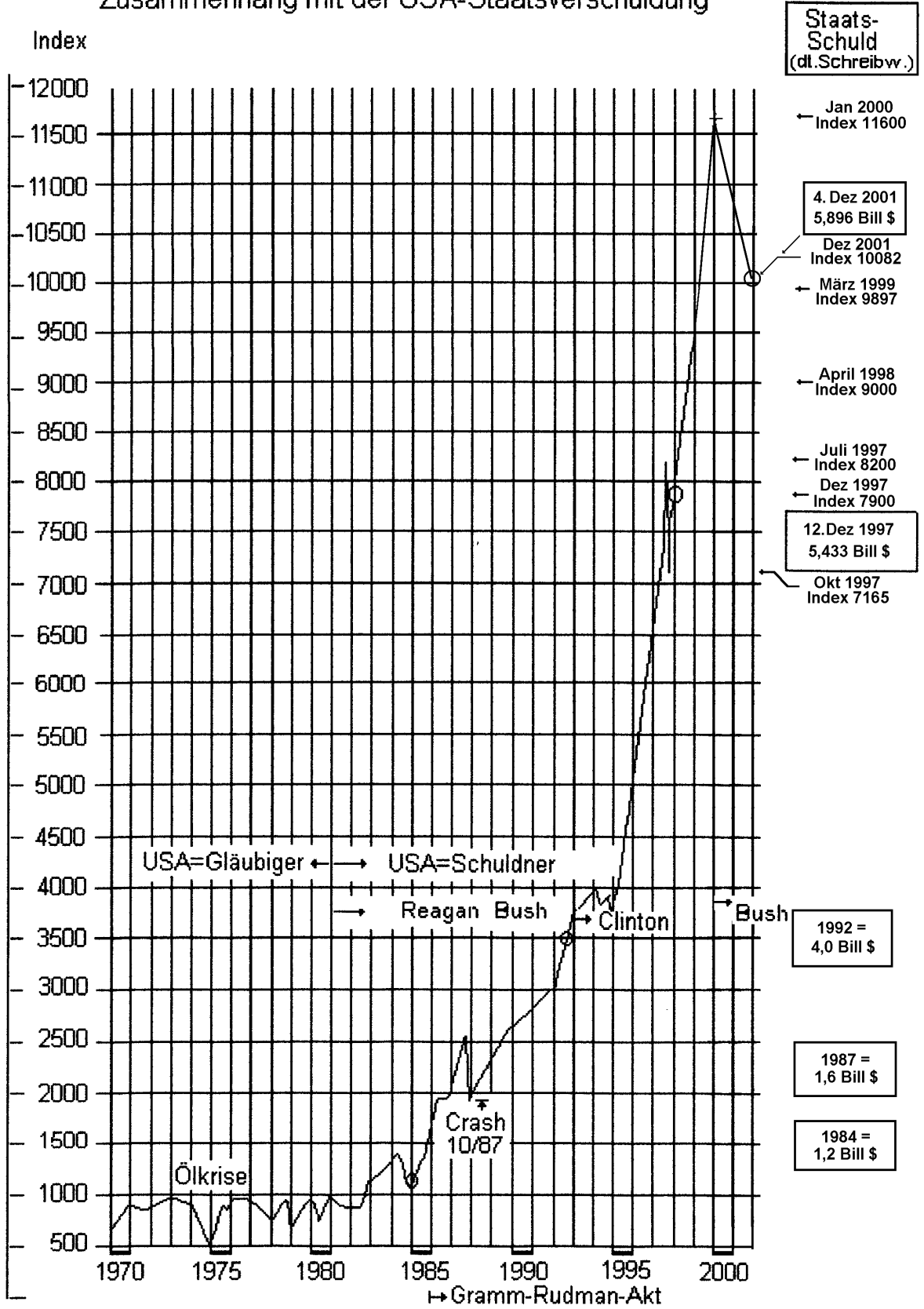
EURO : Diese Mischwährung wird unter dem Vorwand einer „allgemeinen Weltkrise“ und der nicht mehr zutreffenden Kompatibilität aufgrund der Leistungskriterien untereinander, (geplante Osterweiterung) nach der allgemeinen Einführung abgewertet.

Der Dollar wird hingegen dadurch wieder aufgewertet. Da Staatsschulden fast ausschließlich auf Dollar-Basis vereinbart sind, wird durch den abgewerteten EURO die zu (erarbeitende) Schuld mit Zins und Zinseszins bis zur Unerfüllbarkeit gesteigert. Europa bleibt nur noch die Unterwerfung unter die „Oberhoheit“ der INTERNAZIS übrig.

*

Um den Zusammenhang der Staatsverschuldung und Börse (also Spekulation) zu verdeutlichen sei in folgender Grafik am Beispiel der USA erklärt.

USA - Börse (Dow Jones Ind.-Index N.Y.)
 Zusammenhang mit der USA-Staatsverschuldung



Und die nahe Zukunft ?

Geld und Börsen

Dollar : Dieser gilt als weltweite Verrechnungseinheit für Erdöl, Rohstoffe und andere internationale Handelsgüter. Die amerikanische Notenbank ist, entgegen allgemeiner Annahme, eine **Privatgesellschaft**. Sie wurde von jüdischen Bankiers gegründet, ist seit 1913 (FED) bis zum heutigen Tag unter jüdischer Kontrolle (derzeitiger Chef **Alan Greenspan**) und kann durch variablen Geldumlauf den Wert des Dollars nach eigenem Gutdünken beeinflussen. (Näheres in „Die Bankierschwörung“ von Roland Bohlinger).

Derzeit wird, um den Dollar nicht zu einer „Fluchtwährung“ (aus den fallenden Wertpapieren) werden zu lassen, dieser auf einem Niveau gehalten, der einen Ankauf für europäische oder andere Anleger (noch) als nicht erstrebenswert scheint. Seit dem Anfangskurs (1.18) hat der Euro gegenüber dem Dollar bis Juni 2001 (0.84) rd. 30 % an Wert verloren.

Da jedoch wesentliche Staaten ihre Währungen noch nicht der „Einheitswährung Euro“ unterworfen haben, (wie etwa die Schweiz und Großbritannien), deren Bevölkerung aber die Umstellung „schmackhaft“ gemacht werden soll, wird der Wert des Dollar etwa (optisch) dem des Euro derzeit „gleichgesetzt“. (Stand vom 24.06.02 : 1 Euro = 0,98 \$.)

Welche Auswirkungen auf die Staatsverschuldungen europäischer Staaten würde sich ergeben, wenn durch (gezielte ?) Verminderung der Umlaufmenge des amerikanischen Dollars das Umrechnungsverhältnis zum Euro (nur als leicht rechenbares Beispiel gedacht) um weitere 50 % , z.B. auf 0,5 \$ pro Euro gebracht würde ? - Die Europäer (vor allem die Jugend), müßten alle auf den Dollar basierenden Güter (und auch die Staatsschulden) mit „**doppelter Arbeitsleistung abarbeiten**“ !

Wertpapiere, die in den letzten Jahren spekulativ in unrealen Höhen hochgepuscht wurden, werden jetzt in Etappen wieder entwertet (siehe Grafik). Zwei Tage fallend, ein Tag leicht steigend, sodaß jeder Anleger hofft, daß er vielleicht zu einem besseren Kurs verkaufen könne, wenn er zuwarte. Ein schlagartiger Crash wie 1929 würde **derzeit** auch den Verursachern schaden.

Die (gläubigen) Privatanleger verlieren eine Menge Kapital. Die Aktien der interessanten Firmen werden nun von den „Wissenden“ bis zur Höhe der Majorität (billig) aufgekauft. Durch „Zusammenlegungen“ von solchen Firmen entstehen **marktbeherrschende Kartelle**, wobei einerseits die Konkurrenz

entfällt und alle Betriebsgeheimnisse und Lizenzen an die „Kontrolleure“ zur Nutzung übergehen - andererseits Arbeitsplätze „weg-rationalisiert“ werden. Die Kosten für die Versorgung der Arbeitslosen fallen dann dem Staat (also der Allgemeinheit) zur Last. Die Verschuldung des Staates steigt weiter.

Durch die Arbeitslosigkeit werden vorhandene (erarbeitete) Ersparnisse aufgebraucht, das Volk willfähriger für Einschränkungen der Entlohnung und des Lebensstandards. Durch „Kurzarbeitszeit-Verträge“ werden Arbeitslosenzahlen „geschönt“, - durch die „Freigabe des Arbeitsmarktes“ gepaart mit dem Zuzug ausländischer Arbeitskräfte aus Ländern mit niedrigerem Lohnniveau (siehe auch Osterweiterung) wird jedes bisher erarbeitete Lohn- und Preisgefüge zerstört.

Frage : Könnte ein „Vereintes Europa“ für bisherige Nationalstaaten eine vorteilhafte Lösung sein ? - Prüfen wir am Beispiel des EU-Beitritts Österreichs.

Der EU - Beitritt Österreichs ohne "WENN und ABER" ?

Dies ist ein Auszug der wesentlichen Passagen aus der Beitrittserklärung Österreichs zur EU im Originalwortlaut - der den Wählern vor der EU - Wahl vorenthalten, in den wesentlichsten Teilen falsch interpretiert und teilweise verschwiegen wurde.

Möge der aufmerksame Leser selbst meine Anmerkungen auf ihre Stichhaltigkeit prüfen - und sich aufgrund bisherigen Erfahrungen eine eigene Meinung bilden.

Teil 1 6D

Artikel 1

(1) Das Königreich Norwegen, die Republik Österreichwerden Mitglieder der Europäischen Union und Vertragsparteien der die Union begründenden Verträge in ihrer jeweiligen geänderten oder ergänzten Fassung.

(2) Die Aufnahmebedingungen und die aufgrund der Aufnahme erforderlichen Anpassungen der die Union begründenden Verträge sind in der diesem Vertrag beigefügten Akte festgelegt. Die Bestimmungen der Akte sind Bestandteil dieses Vertrags.

(3) Die Bestimmungen der in Absatz 1 genannten Verträge über die Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten sowie über die Befugnisse und Zuständigkeiten der Organe der Union gelten auch für diesen Vertrag.

Artikel 2

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bis spätestens am 31. Dezember 1994 bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

Haben jedoch nicht alle der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Staaten ihre Ratifikationsurkunde rechtzeitig hinterlegt, so tritt der Vertrag für diejenigen Staaten in Kraft, die ihre Urkunden hinterlegt haben. In diesem Fall beschließt der Rat der Europäischen Union unverzüglich einstimmig die infolge dessen unerläßlichen Anpassungen des Artikels 3er kann ferner einstimmig die Bestimmungen der genannten Akte, einschließlich ihrer Anhänge und Protokolle die sich ausdrücklich auf einen Staat beziehen, der seine Ratifikationsurkunden nicht hinterlegt hat für hinfällig erklären oder anpassen.

*

(Anm. : Zur Änderung unserer Verfassung im Bezug auf die immerwährende Neutralität bedarf es einer Volksabstimmung - hingegen können innerpolitische Änderungen auch aufgrund von parlamentarischer Mehrheit erreicht werden - somit wird über die Aufgabe der Neutralität und Eigenständigkeit abgestimmt - und nicht über eine Erweiterung von Handelsbeziehungen, bzw. Angleichung von Normen.

Ein NEIN bei der Abstimmung bedeutet nicht - wie von den derzeitigen, (bzw. seinerzeitigen) Befürwortern dargestellt, einen Verlust aller bisher geltenden Handelsbeziehungen - sondern läßt die Option auf eine Verbesserung der derzeit erreichten Verhandlungsergebnisse offen. - Der beste Beweis hierfür : Dänemark und Irland.)

Eine seltsame Haltung österreichischer Politiker in höchsten Positionen zu unserer „**immerwährenden Neutralität**“ ist aus nachstehenden Meldungen zu ersehen:

26.10.1999 ORF1-Text S. 114 17h 38

Klestil : Rasche Entscheidung über Heer

Präsident Klestil hat bei der Angelobung von Rekruten darauf gedrängt, eine neue Regierung möge „ohne Zögern“ über ein Berufsheer und die Sicherheitspolitik Österreichs entscheiden.

Österreich habe sich als **EU-Mitglied zur Teilnahme am europäischen Sicherheitsverbund verpflichtet**. In Zukunft werde es auf ein effizientes europäisches Krisenmanagement und die „Professionalisierung“ der Streitkräfte ankommen. - „Darüber werden wir erst entscheiden können, wenn wir uns im klaren sind, welchen Platz Österreich in den neuen Sicherheitsstrukturen einnehmen will“.

01.06.2001 ORF1-Text S. 119 3h 25

Solidarität statt Neutralität ?

Kanzler Schüssel hat eine Neutralitätsdebatte ausgelöst. Schüssel vorgestern in der ZiB 1: Im Falle eines Militärangriffs auf ein EU-Land müßten auch Österreichs Truppen helfen. „**Solidarität innerhalb einer Familie**“ hätte **Vorrang vor der Neutralität**. - Vizekanzlerin Riess-Passer hält die Diskussion für „nicht sinnvoll“. **Für eine Volksabstimmung zur Neutralität gebe es keine Mehrheit im Parlament.** Bundespräsident Klestil befürwortete grundsätzlich den Solidaritätsgedanken in der EU. Deutliche Kritik kommt von der Opposition.

*

Im „**Parlament**“ (!) gibt es keine Mehrheit - also wird das „**Volk**“ nicht gefragt.

*

Teil 1 2 3D

Artikel 3

Die neuen Mitgliedstaaten verpflichten sich, im Hinblick auf diejenigen Übereinkommen oder Instrumente in den Bereichen Justiz und Inneres, die von der Erreichung der Ziele des EU-Vertrags nicht zu trennen sind,

- denjenigen, die bis zum Beitritt zur Unterzeichnung durch die derzeitigen Mitgliedstaaten aufgelegt worden sind, sowie denjenigen, die vom Rat gemäß Titel VI des EU-Vertrags ausgearbeitet und den Mitgliedstaaten zur Annahme empfohlen worden sind, beizutreten;

- Verwaltungs- und sonstige Vorkehrungen wie etwa diejenigen einzuführen, die von den derzeitigen Mitgliedstaaten oder vom Rat bis zum Tage des Beitritts angenommen wurden, um die praktische Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Justiz und Inneres tätigen Einrichtungen und Organisationen der Mitgliedstaaten zu erleichtern.

Artikel 4

(1) Die neuen Mitgliedstaaten treten durch diese Akte den Beschlüssen und Vereinbarungen der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der

Mitgliedstaaten bei. Sie verpflichten sich, ab dem Beitritt allen sonstigen von den derzeitigen Mitgliedstaaten für das Funktionieren der Union oder in Verbindung mit deren Tätigkeit geschlossenen Übereinkünften beizutreten.

(2) Die neuen Mitgliedstaaten verpflichten sich, den in Artikel 220 des EG-Vertrags vorgesehenen Übereinkommen und den von der Verwirklichung der Ziele des EG-Vertrags untrennbaren Übereinkommen sowie den Protokollen über die Auslegung dieser Übereinkommen durch den Gerichtshof beizutreten, die von den derzeitigen Mitgliedstaaten unterzeichnet wurden, und zu diesem Zweck mit den derzeitigen Mitgliedstaaten Verhandlungen im Hinblick auf die erforderlichen Anpassungen aufzunehmen.

*

(**Anm.** : Im Klartext bedeutet dies die Unterordnung des österreichischen Rechtes zu Gunsten einer international (durch **Gewichtung ihres Einflusses**) von einzelnen Staaten bestimmten Rechtsauffassung.)

*

Artikel 5

(1) Die von einer der Gemeinschaften mit einem oder mehreren dritten Staaten, mit einer internationalen Organisation oder mit einem Staatsangehörigen eines dritten Staates geschlossenen Abkommen oder Übereinkommen sind für die neuen Mitgliedstaaten nach Maßgabe der ursprünglichen Verträge und dieser Akte verbindlich

*

(**Anm.** : Danach sind Vereinbarungen der **bisherigen** Mitgliedstaaten z.B. über Waffenlieferungen für uns bindend - aber auch die Beschlüsse über die Rückgabe von Immobilien an ausländische Staatsangehörige, Wiedergutmachung, u. dgl..)

*

(2) Die neuen Mitgliedstaaten verpflichten sich, nach Maßgabe dieser Akte den von den derzeitigen Mitgliedstaaten zusammen mit einer der Gemeinschaften geschlossenen Abkommen oder Übereinkommen sowie den von diesen Staaten geschlossenen Übereinkünften, die mit diesen Abkommen oder Übereinkommen in Zusammenhang stehen, beizutreten.

(3) Die neuen Mitgliedstaaten treten durch diese Akte und unter den darin vorgesehenen Bedingungen den internen Vereinbarungen bei, welche die derzeitigen Mitgliedstaaten zur Durchführung der Abkommen oder Übereinkommen im Sinne des Absatzes 2 geschlossen haben.

Teil 1 2 16D Vierter Teil Übergangsmassnahmen
Institutionelle Bestimmungen

Artikel 31

(1) Innerhalb der ersten beiden Jahre nach dem Beitritt führt jeder der neuen Mitgliedstaaten eine Wahl zum Europäischen Parlament durch, bei der die in Artikel 11 festgesetzte Anzahl von Abgeordneten durch das Volk in allgemeiner unmittelbarer Wahl nach Maßgabe des Aktes vom 20. September 1976 zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt wird.

(2) Für die Zeit vom Beitritt bis zu der jeweiligen Wahl nach Absatz 1 werden die Abgeordneten der neuen Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament durch die Parlamente dieser Staaten aus ihrer Mitte nach dem von dem betreffenden Staat festgelegten Verfahren ernannt.

*

(**Anm.** : Damit wird der Einzug der **vor** der Abstimmung regierenden Parteien (bei JA - Votum) - und damit gute Posten für diese - garantiert. - Bei NEIN könnten diese Posten bei einem Beitritt nach der Bundeswahl - zumindest anteilmäßig - anderen Parteien zufallen. Dadurch wird die Eile erklärbar und verständlich, mit der ein sofortiger Beitritt forciert wird, bzw. wurde.)

*

Teil 1 2 35D Kapitel 2
Freizügigkeit, freier Dienstleistungs- und Kapitalverkehr

Artikel 70

Abweichend von den Verpflichtungen im Rahmen der die Europäische Union begründenden Verträge kann die Republik Österreich ihre bestehenden Rechtsvorschriften betreffend Zweitwohnungen während eines Zeitraums von fünf Jahren ab dem Beitritt beibehalten.

*

(**Anm.** : Um Spekulationen vorzubeugen wurde in Österreich eine Sperrfrist für den Immobilien - Wiederverkauf (in der Regel 5 Jahre) und der Verkauf an Ausländer festgelegt und gesetzmäßig verankert. Dieser Schutz entfällt ab 1999.)

*

Teil 1 2 36D

Artikel 71

(1) Unbeschadet der Absätze 2 und 3 formt die Republik Österreich ab dem Beitritt ihr Handelsmonopol für verarbeiteten Tabak im Sinne des Artikel 37 Absatz 1 des EG-Vertrags schrittweise derart um, daß spätestens drei Jahre ab dem Beitritt jede Diskriminierung in den Versorgungs - und Absatzbedingungen zwischen den Angehörigen der Mitgliedstaaten ausgeschlossen ist.

(2) Bei den in der Liste des Anhangs IX aufgeführten Erzeugnissen wird das ausschließliche Einfuhrrecht spätestens mit Ablauf eines Dreijahreszeitraums ab dem Beitritt abgeschafft. Die Abschaffung dieses Ausschließlichkeitsrechts erfolgt durch die ab dem Beitritt durchgeführte schrittweise Eröffnung von Einfuhrkontingenten für Erzeugnisse aus den Mitgliedstaaten. Zu Beginn eines jeden der drei betreffenden Jahre eröffnet die Republik Österreich ein Kontingent, das anhand der nachstehend genannten Prozentsätze des nationalen Verbrauchs berechnet ist: 15 v.H. für das erste Jahr, 40 v.H. für das zweite Jahr, 70 v.H. für das dritte Jahr. Die diesen Prozentsätzen entsprechenden Mengen sind in der Liste in Anhang IX aufgeführt.

Die in Unterabsatz 1 genannten Kontingente sind für alle Wirtschafts-beteiligten ohne Einschränkung zugänglich; Erzeugnisse die im Rahmen dieser Kontingente eingeführt werden, können in der Republik Österreich keinem ausschließlichen Vermarktungsrecht auf Großhandelsebene unterworfen werden; im Fall des Einzelhandelsverkaufs der im Rahmen von Kontingenten eingeführten Erzeugnisse muß die Abgabe dieser Erzeugnisse an den Verbraucher in nichtdiskriminierender Weise erfolgen.

*

(Anm. : Dadurch entfallen dem Staat Österreich erhebliche Einnahmen aus der **Tabaksteuer**, erhöhen so das Budgetdefizit. - Andererseits soll aber aus den Staatseinnahmen der Beitrag an die EU bezahlt werden. - Jeder Hinweis auf eine bessere Qualität einheimischer Waren (z.B. **GEN**-manipulierte Ware oder höhere Preise für ausländische Zigaretten) kann als Diskriminierung ausgelegt werden.)

Gedanken zur Anti -Raucher - Kampagne

Vorerst die FRAGE : Warum sind plötzlich die Gesetzgeber um die Gesundheit der Bürger so besorgt , obwohl dem Staat eine Menge an Steuern durch eine Verringerung des Konsums entgeht ? - Als Hauptgründe werden Krebs, Gefährdung auch der "Mit"-Raucher angegeben, aber andererseits wird über die kontrollierte Abgabe von Drogen "verhandelt". Daß hier etwas nicht zusammenpaßt, ist leicht erkennbar. Folglich muß es noch andere Gründe geben.

Aufgrund von schädlichen Umwelteinflüssen, Abgasen, (Lungenerkrankungen), Strahlungsschäden in der Nähe von Kernkraftwerken, (Leukämie), Chemieabwässer (Allergien), Elektrosmog (z.B. Gesundheitsschäden durch Handy), usw., die industriebedingt sind, laufen enorme Kosten für die Sozialversicherer an.

Mit Sicherheit ungleich mehr, als durch den Tabakgenuß.

Durch die "Privatisierung" der Sozialversicherungen, würden aber diese Kosten von den privaten Versicherern zu tragen sein. - Was liegt für diese also näher, als einen Grund zu finden, sich von den Leistungen zu befreien, indem ein "Selbst- bzw. Mitverschulden" konstruiert wird. - Wie z.B. durch die (staatlich verordnete) "Gurtenpflicht", die den Versicherer von einer Leistung entbindet, wenn gegen diese "Pflicht" verstoßen wurde. Zur "Deckung" der Behörden (und der Politiker, die alles nur zum Schutz der Bürger tun ?), dient das Gesetz.

Auf den Tabak bezogen : Werbeverbot für Tabakwaren, staatlich geförderte Anti-Raucher-Kampagnen, Aufschriften auf Tabakwaren : .."kann Ihre Gesundheit gefährden"... usw..

Dies macht jeden Raucher zum "**Selbstverschulder**" - für den dann auch Leistungen der Krankenversicherung entfallen. Zusätzlich wird er auch "**verantwortlich**" (und auch haftbar) für die "Mit-Raucher". Dazu genügt schon, wenn sich der Versicherte als Raucher "bekennt" oder dies bei der Erstuntersuchung (bei Privatversicherung erforderlich) festgestellt wird.

Ein weiterer, vielleicht der wesentlichste Grund der Anti-Raucherkampagne ist, daß damit von den anderen (staatlich genehmigten und tolerierten) Umweltbelastungen durch die multinationale Industrie abgelenkt - und alle "Schuld" den Rauchern zugeschrieben wird.

Daß andererseits jemand der raucht, auch stark überhöhte Preise für eine Zigarette bezahlt, dürfte den Bürgern der "Nachkriegszeit" noch in Erinnerung sein. Durch ein Verbot, (man denke an die Prohibitionszeit in den USA) wird der Tabakkonsum sicher nicht eingeschränkt.

Aber die "vorgegebene Sorge" um die "Gesundheit" der Staatsbürger ist nur ein Vorwand, - wie könnte sonst über die "**Drogenfreigabe**" überhaupt nur "diskutiert" werden ?

Tabakwerbeverbot in der EU nichtig

Der EuGH erklärte am 5.10.2000 eine Richtlinie von 1998, **die Werbung und**

Sponsoring für Tabakerzeugnisse generell verbietet, für nichtig.

Der Gemeinschaftsgesetzgeber **sei nicht berechtigt gewesen**, die Richtlinie auf der Grundlage der Bestimmungen über den Binnenmarkt sowie der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit zu erlassen. Der EG-Vertrag schließt beim Gesundheitsschutz jegliche Harmonisierung der nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften aus.

Etwas zum Nachdenken !

*

Teil 1 2 39D

Artikel 81

Die Gemeinschaft überweist der Republik Österreich am ersten Arbeitstag jeden Monats ein Zwölftel der nachstehenden Beträge als Ausgaben des Gesamthaushalts der Europäischen Gemeinschaften:

583 Millionen ECU im Jahre 1995
 106 Millionen ECU im Jahre 1996
 71 Millionen ECU im Jahre 1997
 35 Millionen ECU im Jahre 1998
 (795 für 4 Jahre)

Artikel 82

Der Anteil der Republik Österreich an der Finanzierung der nach seinem Beitritt noch zu leistenden Zahlungen auf die nach Artikel 82 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum eingegangenen Verpflichtungen wird vom Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaften getragen.

Artikel 83

Der Anteil der Republik Österreich an der Finanzierung des Finanzmechanismus nach Artikel 116 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum wird vom Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaften getragen.

(Anm : Dies betrifft aber nur die Beiträge für 1994, die ab dem Beitritt (Juni 1994) fällig wären.)

Teil 1 2 68D

Artikel 151

(1) Bis zum 1. Januar 1996 kann ein neuer Mitgliedstaat bei Schwierigkeiten, welche einen Wirtschaftszweig erheblich und voraussichtlich anhaltend treffen oder welche die wirtschaftliche Lage eines bestimmten Gebiets beträchtlich verschlechtern können, die Genehmigung zur Anwendung von Schutzmaßnahmen beantragen, um die Lage wieder auszugleichen und den betreffenden Wirtschaftszweig an die Wirtschaft des Gemeinsamen Marktes anzupassen.

Unter den gleichen Bedingungen kann ein derzeitiger Mitgliedstaat die Genehmigung zur Anwendung von Schutzmaßnahmen gegenüber einem oder mehreren der neuen Mitgliedstaaten beantragen.

(2) Auf Antrag des betreffenden Staates bestimmt die Kommission im Dringlichkeitsverfahren die ihres Erachtens erforderlichen Schutzmaßnahmen und legt gleichzeitig die Bedingungen und Einzelheiten ihrer Anwendung fest.

Im Fall erheblicher Schwierigkeiten entscheidet die Kommission auf ausdrücklichem Antrag des betreffenden Mitgliedstaats binnen fünf Arbeitstagen nach Eingang des mit Gründen versehenen Antrags. Die beschlossenen Maßnahmen sind sofort anwendbar; sie tragen dem Interesse aller Beteiligten Rechnung und dürfen keine Grenzkontrollen mit sich bringen.

*

(**Anm.** : Es bestimmt nicht mehr der Staat Österreich was zum Schutz seiner Bürger erforderlich ist, sondern eine nach **dem Gewichtungsprinzip** etablierte Kommission, **deren Urteil von Österreich angenommen werden muß.** - Somit eine totale Unterwerfung der Gnade ausländischer Interessengruppen.)

*

Teil 2 3 87D B. Freizügigkeit der Arbeitnehmer
368 L 0360: Richtlinie 68/360/EWG des Rates vom 15. Oktober 1968 zur Aufhebung der Reise- und Aufenthaltsbeschränkungen für Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten und ihrer Familienangehörigen innerhalb der Gemeinschaft (ABL. Nr. L 257 vom 19.10.1968, S. 13)

*

(**Anm.** : Vergl: D. Arbeitsrecht - wer alles zum Begriff Arbeitnehmer zählt.)

*

Teil 2 3 88D D. Arbeitsrecht
... Folgende Einträge werden im Anhang, Abschnitt I ("Arbeitnehmer mit einem Arbeitsvertrag oder Arbeitsverhältnis besonderer Art") eingefügt:

F. Österreich

1. Mitglieder des Organs einer juristischen Person, das zu deren gesetzlichen Vertretung befugt ist

2. Gesellschafter die befugt sind, einen beherrschenden Einfluß auf die Gesellschaft auszuüben, auch wenn dieser auf einer treuhändigen Verfügung beruht."

*

(**Anm.** : Dies betrifft vorwiegend das Aufenthaltsrecht (siehe Punkt B) von Aufsichtsräten, Firmeninhaber oder Rechtsanwälten, die als Arbeitnehmer somit gelten - auch wenn sie im Ausland eine eigene Firma haben die in Österreich die Interessen ausländischer Interessengruppen oder Firmen vertritt. Gilt demnach z.B. auch für Börsen- u. Immobilienmakler, Geschäftsführer u. dgl. - **und deren gesamter Familie !**).

*

Teil 6 5D

1. Gemeinsame Erklärung zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

1. Die Union nimmt zur Kenntnis, daß Norwegen, Österreich, Finnland und Schweden bestätigen, daß sie die mit der Union und ihrem institutionellen Rahmen verbundenen Rechte und Pflichten, d.h. den sogenannten gemeinschaftlichen Besitzstand, wie er für die derzeitigen Mitgliedstaaten gilt in vollem Umfang akzeptieren. Dies umfaßt insbesondere den Inhalt, die Grundsätze und die politischen Ziele der Verträge einschließlich des Vertrags über die Europäische Union.

Die Union und das Königreich Norwegen, die Republik Österreich, die Republik Finnland und das Königreich Schweden kommen überein, daß

- die neuen Mitgliedstaaten ab dem Zeitpunkt ihres Beitritts bereit und fähig sein werden, sich in vollem Umfang und aktiv an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, so wie sie im Vertrag über die Europäische Union definiert ist, zu beteiligen;

- die neuen Mitgliedstaaten mit dem Beitritt alle Ziele des Vertrags, die Bestimmungen in Titel V des Vertrags und die ihm beigefügten einschlägigen Erklärungen **vollständig und vorbehaltlos übernehmen werden.**

- die neuen Mitgliedstaaten bereit und fähig sein werden, die zum Zeitpunkt ihres Beitritts für die verschiedenen Bereiche gültige Politik der Union zu unterstützen.

2. Hinsichtlich der sich aus dem Vertrag über die Europäische Union ergebenden Verpflichtungen der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Verwirklichung der **Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik** der Union wird davon ausgegangen, daß die rechtlichen Rahmenbedingungen in den beitretenden Ländern am Tag ihres Beitritts mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand in Einklang stehen werden.

*

(**Anm.** : Um **FÄHIG** zu sein diese Punkte zu erfüllen bedarf es der Aufgabe der in unserer Verfassung verankerten "**immerwährenden Neutralität**" - über die nur durch eine Volksabstimmung entschieden werden kann. - Und dies ist der eigentliche (aber **verschwiegene**) Grund der Abstimmung am 12.Juni 1994, die **als Bereitschaft des Volkes zur Aufgabe der Neutralität interpretiert werden kann, - bzw. schon wurde.** (Siehe vor)

Wirtschaftsverträge können jederzeit auch ohne Volksabstimmung mit parlamentarischer Mehrheit beschlossen werden, wie z.B. die Übernahme der wirtschaftlichen Anpassung der EFTA-Verträge an EG-Normen, wie dies weitgehend ja schon durchgeführt wurde, - ohne die Neutralität aufzugeben. - Möge an das Beispiel Schweiz im 1. und 2. Weltkrieg erinnert werden, die (als Neutrale) den Krieg unbeschadet von allen Kontrahenten (sogar gewinnbringend) überstanden haben - obwohl sie doch ein immenses Kapital (als lohnendes Beutegut) verwaltet haben. -

Nicht zuletzt deshalb, weil die Führungsschichten aller Kriegsgegner ihre Vermögen in der Schweiz als sicheren (neutralen) Ort deponierten. - Die Neutralität ist ein zu kostbares Gut um gegen (vermeintliche) Wirtschaftsvorteile eingetauscht zu werden.

"**Gemeinsamer Besitzstand**" beinhaltet auch allgemeines nationales "Volksgut" wie "**Wasserwirtschaft**". - Wer z.B. ein "**privatisiertes**" Wasserkraftwerk unter seine (Aktien-) Kontrolle bringt, kann auch über die Nutzung der (Süß-) **Wasserreserven** verfügen.)

*

Teil 6 6D 5. Gemeinsame Erklärung zu Zweitwohnungen

Keine Bestimmung des gemeinschaftlichen Besitzstandes hindert die einzelnen Mitgliedstaaten auf nationaler, regionaler oder örtlicher Ebene Maßnahmen betreffend Zweitwohnungen zu treffen, sofern sie aus Gründen der Raumordnung, der Bodennutzung und des Umweltschutzes erforderlich sind und ohne **direkte oder indirekte Diskriminierung** von Staatsbürgern einzelner Mitgliedstaaten in Übereinstimmung mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand angewendet werden.

*

(**Anm.** : Österreich verzichtet auf das Recht, die Konzentrierung ausländischer Staatsangehöriger auf seinem Staatsgebiet zu verhindern, bzw. den Zuzug zu steuern, da dies eine Diskriminierung bedeuten würde. Da jeder Angehöriger einer Familie das Anrecht auf einen (Haupt-) Wohnsitz hat, kann auch eine Familie mehrere Hauptwohnsitze besitzen und als Zweitwohnung erwerben bzw. benutzen.

Dieser Punkt dient eher der Besänftigung oberflächlicher Zweifler - als einer Stärkung des Einflusses lokaler oder nationaler Behörden. Vgl. jedoch auch das Problem bei einer EU-Osterweiterung)

*

Teil 6 15D B. Gemeinsame Erklärungen:

16. Gemeinsame Erklärung zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer

Sollte der Beitritt der Republik Österreich zu Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer führen, so können die Organe der Union mit dieser Angelegenheit befaßt werden, um dieses Problem zu lösen. Diese Lösung wird mit den Bestimmungen der Verträge (einschließlich des Vertrags über die Europäische Union) und den aufgrund der Verträge erlassenen Bestimmungen, insbesondere den Bestimmungen über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, völlig im Einklang stehen.

*

(**Anm.** : Bei Schwierigkeiten, z.B. Einspruch der Gewerkschaften gegen die **übermäßige Beschäftigung ausländischer, billigerer Arbeitskräfte**, ist das Verhandlungsergebnis bereits vorweggenommen, da laut dieser Erklärung das Urteil im völligen Einklang mit der EU - Auffassung stehen wird. - Vgl. Diskriminierung und Arbeitsrecht)

*

Teil 6 24D H. Erklärungen der Republik Österreich

41. Erklärung der Republik Österreich zu Artikel 109 g des EG-Vertrags

Die Republik Österreich nimmt zur Kenntnis, daß die Zusammensetzung des ECU-Währungskorbs unverändert bleibt und daß mit der Teilnahme der Republik Österreich an der dritten Stufe der Wert des Schilling gegenüber der ECU unwiderruflich festgesetzt wird.

Die Republik Österreich wird den Schilling weiterhin stabil halten und auf diese Weise zur Verwirklichung der Wirtschaftsunion beitragen. Der stufenweise Übergang zu einer einheitlichen europäischen Währung wird von der Republik Österreich unterstützt, da die Qualität der geplanten europäischen durch die stabilitätspolitischen Vorbedingungen des EG-Vertrags sichergestellt ist.

*

(**Anm.** : Wenn sich Österreich verpflichtet die stufenweise Einführung einer einheitlichen Währung zu unterstützen, so ist es (bzw. seine Regierung) bereit, die bisher gültige Währung : den Schilling in absehbarer Zeit dem internationalen Kapital zu opfern. - Die bisherige **Staatsverschuldung** wird dann in Euro eingefordert (siehe Festlegung) und **durch Übernahmen von Staatsbesitz, Immobilien und anderen Echtwerten kassiert.**)

*

Teil 2 3 48D Österreich

1. Für die Anwendung von Titel III Kapitel I der Verordnung gilt der Bezieher einer Rentenleistung für Beamte als Rentenberechtigter.

2. Für die Anwendung des Artikels 46 Absatz 2 der Verordnung werden Steigerungsbeträge für Beiträge zur Höherversicherung und der knappschaftliche Leistungszuschlag gemäß den österreichischen Rechtsvorschriften nicht berücksichtigt. In diesen Fällen wird der gemäß Artikel 46 Absatz 2 der Verordnung ermittelte Betrag um die Steigerungsbeträge für Beiträge zur Höherversicherung und den knappschaftlichen Leistungszuschlag erhöht.

3. Für die Anwendung von Artikel 46 Absatz 2 der Verordnung gilt bei Anwendung der österreichischen Rechtsvorschriften der Stichtag als Eintritt des Versicherungsfalles.

4. Die Anwendung der Bestimmungen der Verordnung hat keine mindernde Wirkung auf **Ansprüche** auf Leistungen nach den österreichischen Rechtsvorschriften in bezug auf Personen, die aus **politischen** oder **religiösen** Gründen oder aus **Gründen der Abstammung** in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen **einen Nachteil erlitten haben**.

(Frage : Gleiche Rechte für ALLE ? - ausgenommen)

*

Vor der Abstimmung Österreichs zum EU-Beitritt wurden vom EU-Vertrag in seinem Wortlaut lediglich rd. **40.000** Exemplare von der Österreichischen Staatsdruckerei gedruckt, um die „**gesamte Bevölkerung**“ Österreichs zu informieren. Ein Vergleich mit den Auflagen der Tageszeitungen wäre angebracht.

*

Gedanken zur Europäischen Gemeinschaft

Der **EURO** wird durch die **EU** (der oberste, nicht abwählbare Vizepräsident der EG bzw. EU-Kommission zu Brüssel, ist Sir **Leon Brittan**, siehe „Wer ist Wer im Judentum“, Bd.1), noch stabil gehalten um den Anlegern das Gefühl zu vermitteln, eine echte Gegenwährung zum Dollar zu haben. Dadurch werden auch die Anlagen in europäischen Wertpapieren belassen.

*

In diesem Zusammenhang eine interessante Teletextmeldung :

26.01.2000 ORF1-Text S. 122 14h 26

„Mächtige Beamte ziehen die Fäden“

Nicht die 20 Kommissare, sondern „**einige Mächtige Beamte**“ bestimmen, was in der Behörde passiert - mit dieser scharfen Kritik an der EU-Verwaltung hat sich der dänische Entwicklungskommissar Nielson zu Wort gemeldet.

„**Es ist mir nun klar, wem die Kommission wirklich gehört**“, so Nielson zu einer Mitarbeiterzeitung. Unter der hierarchischen Struktur der Behörde verberge sich ein Spiel um die Macht, basierend auf Seilschaften. - Die alte Kommission unter Jaques Santer hatte wegen Mißständen in der Verwaltung zurücktreten müssen.

*

An führender Stelle wurde schon mehrmals die „Gewichtung der Stimmen“ in den EU-Gremien erwähnt. Bisher hatten die Mitglieder der 15 Mitgliedsstaaten, darunter Österreich, aufgrund der „Einstimmigkeitsbeschluß-Klausel“ u.a. das **Vetorecht** bei entscheidenden Fragen wie z.B. über die „EU-Erweiterung“

In dem Vertrag von Nizza, (von dessen Inhalt das „**Volk**“ kaum näher informiert wurde), sind wesentliche Änderungen enthalten, die einer näheren Prüfung im Bezug auf deren Auswirkungen untersucht werden sollte. Besonders im Hinblick auf den vorstehenden Absatz.

(Auszug der wesentlichsten betreffenden Passagen)
(Quelle : Fischer Weltalmanach 2002, Sp. 1070ff)

VIII. Chronik ausgewählter Ereignisse

Vertrag von Nizza

Der am 11.12.2000 vom ER beschlossene und am 26.2.2001 unterzeichnete Vertrag von Nizza zur Änderung des Vertrags über die EU, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte umfasst auch vier Protokolle, u. a. über die EU-Erweiterung und die Satzung des Gerichtshofs. Er tritt nach Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten in Kraft. Vorgesehen sind insbesondere folgende Änderungen:

Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen: Bei rund 30 der über 70 Vertragsartikel, die derzeit dem Einstimmigkeitsprinzip im Rat unterliegen, wird zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit übergegangen,

Neugewichtung der Stimmen im Rat: Ab 1.1.2005 werden die Stimmen der

Mitglieder des Rats **neu gewichtet** (s. Tabelle) und mit einer demographischen Komponente verknüpft.

Ein Beschluss, der **mit qualifizierter Mehrheit** zu fassen ist, kommt mit einer Mindestzahl von **169 Stimmen bei 15** Mitgliedstaaten bzw. **258 Stimmen bei 27** Mitgliedstaaten zustande, die die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder (bei Beschlüssen, die auf Vorschlag der EU-Kommission zu fassen sind) bzw. die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder (in den anderen Fällen, d.h. Teile des ersten Pfeilers der EU sowie zweiter und dritter Pfeiler) umfassen.

1.1.2004 mit Wirkung ab dem Beginn der Wahlperiode 2004-2009 wird die Zahl der in jedem Mitgliedstaat gewählten Abgeordneten neu festgesetzt (s. Tabelle)...

EZB: Eine Änderung der Stimmengewichtung im EZB-Rat, dem höchsten Beschlussorgan der EZB, erfordert keinen neuen EU-Vertrag, sondern ist künftig durch einstimmigen Beschluss des ER möglich. ...

... **Im Bereich der EG wird das Vetorecht abgeschafft** und in den Gebieten, für die das Mitentscheidungsverfahren gilt, **die Zustimmung des EP eingeführt. Auch im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen entfällt das Vetorecht.** ...

*

Europäischer Rat in Nizza

Wichtigstes Ergebnis der Tagung des ER vom 7.-11. 12. 2000 in Nizza war die Einigung über einen neuen EU-Vertrag (Vertrag von Nizza) und damit der Abschluss der am 14.2. eröffneten Regierungskonferenz über die für eine Erweiterung der EU notwendigen institutionellen Reformen.

Die beschlossenen Reformen bleiben jedoch in vielen Punkten hinter den Erwartungen zurück. Der Gipfel drohte mehrfach v. a. **an der neuen Stimmengewichtung** im Rat zu scheitern; Frankreich setzte seine Forderung nach Stimmgleichheit mit Deutschland im Rat durch. Die Verhandlungsführung von Frankreichs Präsidenten *Jacques Chirac*, dem Ratspräsidenten, wurde heftig kritisiert. ...

Die Staats- und Regierungschefs trafen am 8.12. Grundsatzentscheidungen zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

*

(**Anm.:** Da derzeit „noch“ das Vetorecht (z.B. Österreichs) in Kraft ist, damit auch die Möglichkeit gegeben ist, durch ihr Veto die Entscheidungen über eine Erweiterung zu blockieren, ist zu verstehen, warum seitens der EU-Machthaber Österreich und eine „nicht voll willfährige“ österreichischen Regierung defamiert wird. Dazu nachstehende Dokumentation :

Neuer Demokratiebegriff in der EU ?

Bei den Nationalratswahlen in Österreich am 3. Oktober 1999, haben sich rund 30% der Wähler durch eine „demokratische Wahl“ für die FPÖ entschieden. Der ehemalige Parteichef der FPÖ Haider, (man mag ihn und seine direkte Art mögen - oder auch nicht) hat sich als einziger in den letzten Jahren als glaubwürdige Opposition präsentiert, da er Mißstände der etablierten Parteien, wie den Ausverkauf Österreichs, Privilege der Politiker, usw. aufzeigte.

Von der einseitigen, (opportunen?) Medienberichterstattung und der „besorgten Auslands-Meinung“ wurde immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß dies dem „**Ansehen Österreichs in der Welt**“ Schaden zufügen könne.

Hier wäre es erst einmal notwendig, festzustellen, wer eigentlich die EU kontrolliert ! - Ob es sich bei der EU, wie immer wieder beton wird, um einen der Allgemeinheit dienenden Zusammenschluß **gleichberechtigter** Partnerstaaten handelt, oder um eine (durch opportune? Politiker) herbeigeführte „freiwillige(?)“ Unterordnung von „Nationalstaaten“ unter eine „**internationale Oberhoheit**“, (also einer **INTER-NAZI**-Regierung, wobei NAZI für „Nazionalisten“ steht).

Gleichfalls wäre zu ergründen, wer eigentlich das immer wieder zitierte „Ausland“ repräsentiert. - Hilfreich könnten dabei die nachstehenden Teletext-Nachrichten sein.

*

05.10.1999 ZDF-Text S. 116 Rechtsruck in Österreich

Bei den Wahlen in Österreich ist die **rechtspopulistische** Freiheitliche Partei (FPÖ) der große Gewinner. - Die Partei des Landeschefs von Kärnten, Haider, legte um 5,3% zu und ist künftig mit 27,2% die zweite Kraft hinter den Sozialdemokraten (SPÖ), die auf 33,4% (-4,7%) der Stimmen kam. Die konservative Volkspartei (ÖVP), Koalitionspartner der SPÖ, erreichte 26,9% (-1,4%).

Israels Staatspräsident Weizman zeigte sich entrüstet über den Erfolg der FPÖ. Er riet Österreichs Juden, sofort das Land zu verlassen und nach Israel zu emigrieren.

*

(**Anm.:** „populus = Volk“ - also ist der Ausdruck „rechts-populistisch“ die Bezeichnung einer Partei, die die „Rechte des Volkes“ (gegenüber

„Unrechttuenden“) vertritt. - Was daran schlecht sein sollte, ist mir nicht klar. Doch der zweite Teil der Meldung, daß sich der **Staatspräsident Israels entrüstet** zeigt, daß eine, die Rechte des **souveränen österreichischen Volkes** wahrende Partei Erfolg hat, stimmt bedenklich.)

*

05.10.1999 ZDF-Text S. 120 **Kritik an Stoiber-Äußerungen**

Bayerns Ministerpräsident Stoiber ist wegen seiner Empfehlung an die Österreichische Volkspartei, eine Koalition mit der FPÖ des Rechtspopulisten Haider einzugehen, scharf kritisiert worden.

Der **CDU-Politiker Friedman, Mitglied im Zentralrat der Juden Deutschlands**, nannte den Vorstoß gefährlich. Er warnte die **ÖVP vor einer Koalition mit der „Partei des Rassisten Jörg Haider“**.

*

(**Anm.:** Daß auch der Bayrische Ministerpräsident Stoiber, der seinem österreichischen Parteifreund als **persönliche** Meinung empfiehlt, eine Koalition mit der FPÖ einzugehen, wird „kritisiert“. **Die SPÖ hat ja jede parlamentarische Zusammenarbeit mit der FPÖ - also der Vertretung von rund einem Drittel der österreichischen Wähler - ausgeschlossen.** Wer, bzw. welcher Personenkreis, „kritisiert“, ist dem zweiten Teil der Meldung zu entnehmen.

Es mutet verwunderlich an, daß ein **Spitzenpolitiker im Vorstand** der (in Parteispenden-Skandale verwickelten) **Christlich-Demokratischen-Union (CDU)** das **Mitglied im Zentralrat der Juden Deutschlands, Friedman**, die Österreichische **ÖVP warnt**. Auch daß er einen **ausländischen Politiker (Haider)** ungestraft als einen „Rassisten“ bezeichnen darf.

Es ist erstaunlich, wieviele (aus welchen Gründen auch immer - meist aber politischen), Worte und Begriffe der ursprünglichen wissenschaftlichen Definition entfremdet, künstlich geschaffen wurden. Daher scheint es zumindest interessant, jene heute oft als politische „**Schlagworte**“ gebrauchten Begriffe auf ihren Ursprung aus „wissenschaftlicher“ Sicht näher zu untersuchen.

Schlagworte unter der Lupe

(Begriffs-Definitionen aus Knaurs Lexikon TB-Ausgabe 1987)

Rasse : Subspecies, auch Variete bezeichnet in den biologischen Wissenschaften Botanik, Zoologie un Anthropologie eine Gruppe von ursprünglich raumgebundenen Wesen mit gemeinsamen Typus. Ein solcher setzt sich aus jeweils kennzeichnenden erblichen Einzelmerkmalen von Form und Verhalten zusammen; deren natürliche Streuung, (Variabilität) führt aber zu Übergängen innerhalb wie außerhalb der einzelnen Verbreitungskreise.

Die willkürliche Bewertung der menschlichen Rassen führte zum Entstehen von politischen Rassenlehren oder Rassenfragen (als Teil der Machtpolitik) neben der wissenschaftlichen Rassenkunde (als Teil der Anthropologie.)

(...)Beim Menschen unterschied man anfangs nur 3 (mitunter 4 - 5) Großrassen oder Unterarten, Subspecies : **Die weiße, die gelbe und die schwarze (Europide, Mongolide, Negride)**, so Bernier 1684, Linne' 1735, Kant 1775, Cuvier 1817 u.a..

*

Arier : 1) Wissenschaftlich, sprachlich, **nicht rassistischer oder völkischer Begriff** für die Urschicht der iranischen und indischen Mundarten, deren Träger sich selbst als Arier bezeichneten und die zur indogermanischen oder indoeuropäischen Sprachfamilie gehören.

2) Politisch (s. Antisemitismus) : **wissenschaftlich unhaltbarer Begriff in Rassentheorien**, besonders auch der Nationalsozialisten, der die „nordischen“ Europäer (s. Rasse) als Arier bezeichnete.

*

Anm.: Daraus ergibt sich, daß sowohl der von den Nationalsozialisten vertretene Begriff „**Arische Rasse**“, als auch jener der „**Jüdischen Rasse**“ nur auf einer zu politischen Zwecken verbreiteten „Theorie“ basiert, die **wissenschaftlich unhaltbar** ist.

Somit ist aber auch der Begriff „**Antirassismus**“ nur ein „**politisches, aber wissenschaftlich unhaltbares Schlagwort**“, das sich daher **keinesfalls auf „Juden“** beziehen kann, denn diese sind „**wissenschaftlich keine eigene Rasse**“.

Folglich müßte jeder der gegen „**einzelne Personen**“, der „**weißen, gelben, oder schwarzen Rasse**“ - aus welchen Gründen auch immer - ablehnend ist, als **Rassist** bezeichnet werden.

*

Antisemitismus : ... Das Wort wurde in Deutschland geprägt, für die **politisch judenfeindliche** Bewegung nach 1870, **die sich auf den Begriff Arier (ihn verfälschend) stützte**. ...

*

Semiten : (Nach dem biblischen Stammvater sem). Bezeichnung für die **Völker des semitischen Sprachstammes**. Seit Ende des 18. Jahrhunderts üblich.

*

(**Anm.:** Nach dem Vorstehenden, gibt es den **wissenschaftlichen Begriff „Semitismus“** gar nicht. Folglich gibt es auch nicht den des „**Antisemitismus**“. Dieses Wort wurde (und wird) nur als „**politisches Schlagwort**“ ge- bzw. mißbraucht, um politische Gegner zu desavouieren.)

*

06.10.1999 ORF2-Text S. 101 17 h 06

Israel droht Österreich

Der israelische Außenminister Levy hat heute Österreich mit Folgen für die Beziehungen gedroht, sollten „neo-nazistische Elemente“ an der Regierung beteiligt werden. - Levy auf die Abfrage eines Abgeordneten im Parlament : **Wenn Haider's Partei in die Regierung komme, müßten die Beziehungen zu Österreich „neu definiert werden“.** Levy sprach von einem **„Kainsmal auf der Stirn der Österreicher“**. - Minister Shimon Peres hat einen Besuch in Wien am Sonntag abgesagt.

*

(**Anm.:** Was könnte klarer die Einstellung von Juden zu Österreich dokumentieren, **als die Drohung, wenn eine** - vom Volk frei gewählte aber **„nicht-opportune, bzw. willfähige“** - Partei ins Parlament käme, **das ganze österreichische Volk Nachteile zu erwarten hätte ?**

Wie noch erinnerlich, wurde nach der Wahl des Bundespräsidenten **Waldheim, dieser auf Betreiben des Jüdische Weltkongreß - trotz widerlegter falscher Anschuldigungen - von der ebenfalls jüdisch dominierten USA-Regierung, auf die „Watchliste“ gesetzt.**

Der Ausdruck : **„Kainsmal auf der Stirn der Österreicher“**, erklärt seine Einstellung zu Österreich und seiner **„ganzen“** Bevölkerung.)

*

06.02.2000 ORF1-Text S. 122 18h 26 **Israel-Aufruf an die Welt**

Israel hat die Staaten in aller Welt dazu aufgerufen, „etwas“ gegen Entwicklungen wie in Österreich „zu tun“. - Die Koalitionsregierung unter Beteiligung der FPÖ enthalte Elemente, die neo-nazistischen Charakter hätten, hieß es in einer Erklärung des Kabinetts.

In Bezug auf die umstrittene ÖVP-FPÖ-Koalition wolle die Regierung über weitere Schritte beraten, sagte ein Sprecher. **Israel hat aus Protest bereits seinen Botschafter in Wien auf unbestimmte Zeit abberufen.** Jörg Haider gilt in Israel als **„unerwünschte Person“**. Er darf nicht einreisen.

*

Im 3Sat-Sender am 30.0.2000 zwischen 19h10 und 20h wurde eine „Talk-Show“ unter dem Titel : **„Haider am Ruder - Österreich in der Isolation ?“** ausgestrahlt. Die Teilnehmer daran : Dr. Michael Graf, (ÖVP), die abgewählte LIF-Chefin Heide Schmidt, Jens Tschebull, Journalist, der Kabarettist Werner Schneider und - **als Vertreter der Judenschaft** (Lt. Fischer Almanach beträgt der Anteil der jüdischen Bevölkerung in Österreich 0,1%, also etwa 8 - 10.000 Personen.) - **Rafael Seligman.**

Von letzterem wurde der, von rd. einem Drittel der Österreicher „demokratisch“ gewählte Repräsentant der FPÖ, Dr. Haider, (in dessen Abwesenheit) **bewußt** - mit dem im Wiener Dialekt abwertenden Ausdruck : „**Suppenkasperl**“ bezeichnet. - Eine verbale Entgleisung ? - Oder eine „**bewußte Provokation**“? - Niemand aus der Diskussionsrunde wies den Beleidiger zurecht.

Wenn nun Dr. Haider (ebenso verbal) darauf „**reagieren**“ würde, so würde dies für das „besorgte Ausland“ (samt seinen einflußreichen Repräsentanten) der „**Beweis**“ für die „antisemitische Haltung“ Haiders sein. Daß dieser (eventuellen!) „Reaktion“ eine „Provokation“ voraus ging, darüber wird später einfach nicht mehr berichtet.

*

31.01.2000 **FPÖ-Beteiligung : Drohung der EU**

Die **EU** hat Österreich für den Fall einer Beteiligung der Freiheitlichen FPÖ des Rechtspopulisten Jörg Haider damit gedroht, den Kontakt auf Regierungsebene zu verweigern.

In einer Erklärung der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft heißt es, **die andern EU-Staaten würden in diesem Fall keine offiziellen bilateralen Treffen mit Vertretern der österreichischen Regierung mehr abhalten.**

Frankreich schlug zugleich einen möglichen **Abzug sämtlicher EU-Botschafter aus Österreich vor, um eine Regierungsbeteiligung der FPÖ zu verhindern.**

29.02.2000 ORF1-Text S.113 12h 40

„Bin kein Schattenkanzler“

„Ich will vermeiden, daß unsere Minister ständig damit konfrontiert werden, sie müßten für jede Entscheidung beim Schattenkanzler in Kärnten rückfragen“, **begründete Haider seinen Rücktritt.**

Er werde auch nach seinem Ausscheiden „mit voller Überzeugung zum Regierungsbündnis mit der ÖVP stehen“, betonte er. Seiner Partei werde er weiterhin „sehr stark“ zur Verfügung stehen. Auch eine Kanzlerkandidatur bei der nächsten Wahl schloß er nicht aus. - Ist der Rücktritt eine Reaktion auf die Auslands-Kritik ? „**Ich akzeptiere keinen Druck von außen**“, sagte Haider.

29.02.2000 ORF1-Text S.117 13h 13

Internationale Reaktionen auf Haider

Israel wird seine Haltung gegenüber der ÖVP-FPÖ-Koalition auch nach dem Rücktritt Haiders nicht ändern, da die Partei Haiders mit ihrer Ideologie

Regierungspartner bleibe, betonte Außenminister Levy. Der Anfang Februar aus Wien **abgezogene Botschafter Israels** werde vorerst nicht zurückkehren.

Die USA werden die österreichische Bundesregierung weiter genau beobachten. Der Rücktritt könnte allerdings ein Schritt in die richtige Richtung sein. „Die Bedenken bleiben bestehen“, so **Außenamtssprecher Rubin**.

29.02.2000 ORF1-Text S.118 13h 20

Internationale Reaktionen auf Haider

Der Rückzug Haiders wird sich nicht auf die EU-Sanktionen gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung auswirken, stellte die portugiesische Ratspräsidentschaft klar. Die Position der 14 bleibe unverändert.

„**Jetzt erst recht!**“, zitierte der ORF-Korrespondent in Brüssel den **belgischen Außenminister Michel**, einen scharfen Kritiker der FPÖ-Regierungsbeteiligung. Die Sanktionen hätten Erfolg. Von einer ersten Genugtuung für **das andere Österreich** und die **vielen** Demonstranten in Wien sprach Frankreichs Wirtschaftsminister **Sautter**. Italiens Außenminister **Dini** : Erfreut über Haider-Rückzug, hofft auf Verbesserung der Beziehungen.

29.02.2000 NTV-Text S.129 13h 29

Keine Lockerung der Sanktionen

Die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft sieht **auch nach dem Rücktritt von FPÖ-Chef Haider vorerst keinen Grund, die Politik der EU gegenüber Österreich zu ändern**. Wie Regierungschef Guterres am Dienstag mitteilte, liegt die Schlüsselfrage **nicht in der Person Haider**, sondern in der Natur seiner Partei. Auch Belgien sprach sich **für eine weitere politische Isolation der Wiener Regierung** aus. Laut **Israels Außenminister Levy** verändert **Haiders Rücktritt die Lage nicht**.

(Anm.: Somit treffen die „**Sanktionen der EU**“ nicht **nur** die Wähler der FPÖ, sondern auch jene, die sich in einer „demokratischen“ Wahl für die **ÖVP** entschieden hatten. Darüber hinaus aber auch „**alle Österreicher**“, somit auch „**das andere Österreich** - samt seinen **vielen** Demonstranten“.

*

Es erhebt sich die Frage, ob eine Wahl in der EU **nur dann als „demokratisch“ - und als „Wählerauftrag“ - gilt, wenn sie den Interessen einer internationalen, mit nur 0,2% der Weltbevölkerung vertretenen Minderheit**, entspricht ? Mit welchen Verbalien würde diese Minderheit reagieren, wenn jemand öffentlich äußern würde :

„Was geht es die Juden an, wen wir demokratisch wählen.“

Oder wenn ein **österreichisches Regierungsmitglied Israel drohen würde**, die diplomatischen Beziehungen abubrechen, und als „**harte Entscheidung**“ auch die **Zahlungen** an Israelis einzustellen - wenn der Außenminister Levy weiter im Amt bleibt - Israel sich weiter in innere Angelegenheiten des österreichischen Staates mischt - oder, daß aufgrund der „Nichtanerkennung“ durch die EU-Staaten, eine „**neuerliche Volksbefragung über den Verbleib Österreichs in der EU**“ durchgeführt würde ?

Möge sich jeder selbst seine Meinung bilden !

*

Doch zurück zum Thema : EU-Erweiterung und die Kandidaten

Im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung wären auch die voraussehbaren wirtschaftlichen Auswirkung auf die bisherigen EU-Länder zu ergründen und die Bonität der neuen Kandidaten zu prüfen. Nicht zuletzt auch die im Vertrag von Nizza festgelegte „Neugewichtung“ der Stimmen im EU-Parlament bzw. -Rat.

Entwicklung der Auslandsverschuldung von künftigen EU - Beitrittsländern

Quelle : Fischer Almanach - Zahlen in Mia. Dollar

Tschechien

FA-Jahrgang	1994	95	96	97	98	99	00	02
Bezugsjahr	1992	93	(94)	(95)	95	96	97	99
In Mia \$	7,50	8,7	8,66	12,9	16,58	20,09	21,46	22,58

Slowakei

FA-Jahrgang	1994	95	96	97	98	99	00	02
Bezugsjahr	1992	93	94	(95)	95	96	97	99
In Mia \$	3,50	3,62	4,20	4,90	5,83	7,70	9,99	9,15

Rumänien

FA-Jahrgang	1994	95	96	97	98	99	00	02
Bezugsjahr	1991	92	93	94	95	96	97	99
In Mia \$	1,91	3,52	4,56	5,49	6,65	8,29	10,44	9,64

Polen

FA-Jahrgang	1994	95	96	97	98	99	00	02
Bezugsjahr	1991	92	93	94	95	96	97	99
In Mia \$	45,50	48,52	45,31	42,16	42,29	40,90	39,89	54,27

Ungarn

FA-Jahrgang	1994	95	96	97	98	99	00	02
Bezugsjahr	1991	92	93	94	95	96	97	99
In Mia \$	22,40	21,90	24,77	28,52	31,25	26,96	24,37	29,04

Frage : Um Auslandsschulden (neben der Inlandsverschuldung !) die nicht zuletzt durch Zinsen entstanden sind, zurückzahlen zu können, ist der Staat gezwungen Volkseigentum an die „Gläubiger“ (in deren Privateigentum) abzutreten.

Frage : Wer zahlt diese **Auslandsschulden**, wenn diese Staaten in die EU aufgenommen werden ?

Frage : Wird das neu errichtete „**tschechische**“ Atomkraftwerk **Temelin** an das „**Ausland**“ aus dem Grunde „**verkauft**“, um die (sonst nicht rückzahlbaren) Auslandsschulden in einen „Echtwert“ (zugunsten der „Gläubiger“) zu wandeln ?

*

Vertrag von Nizza : Sitze im EP, Stimmengewichtung im Rat

Land	Einw. in Mio 1998	Sitze im EP		Stimmen im Rat	
		derzeit	ab 2004	derzeit	ab 2005

--					
Deutschland	82,024	99	99	10	29
Frankreich	58,845	87	72	10	29
Großbritannien	59,237	87	72	10	29
Italien	56,979	87	72	10	29
Spanien	39,371	64	50	8	27
Niederlande	15,698	31	25	5	13
Belgien	10,203	25	22	5	12
Griechenland	10,507	25	22	5	12
Portugal	9,979	25	22	5	12
Schweden	8,851	22	18	4	10
Österreich	8,078	21	17	4	10
Dänemark	5,301	16	13	3	7
Finnland	5,153	16	13	3	7
Irland	3,705	15	12	3	7
Luxemburg	0,427	6	6	2	4
EU-15	374,358	626	535	87	237

Beitrittskandidaten :

Polen	38,666	50	27
Rumänien	22,503	33	14
Tschechische Republik	10,295	20	12
Ungarn	10,114	20	12
Bulgarien	8,257	17	10

Slowakische Republik	5,391	13	7
----------------------	-------	----	---

Litauen	3,703	12	7
Lettland	2,449	8	4
Slowenien	1,982	7	4
Estland	1,450	6	4
Zypern	0,753	6	5
Malta	0,377	5	3
EU-27	480,298	732	345

Aus dieser Tabelle (Quelle : Fischer Almanach 2002) der künftigen Wertigkeit der Stimmen im EU-Parlament nach der Erweiterung ist zu ersehen, daß Österreich mit seinem politischen Einfluß weit hinter Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn liegen würde.

Ob der Dr. Haider vielleicht ähnliche Überlegungen und Bedenken gegen eine Erweiterung hat, - weiß ich nicht. Daß Regierungen mit einer derart hohen Auslandsverschuldung aber bei jeder Abstimmung in der EU die „gewünschte“ Zustimmung geben, um nicht die eigene Kreditwürdigkeit (und Posten) zu verlieren und wie dzt. Argentinien in einen Staatsbankrott fallen, ist verständlich

*

Jedenfalls scheinen die Äußerungen des tschechischen Premiers auch nicht gerade „staatsmännischen“ Gepflogenheiten zu entsprechen.

20.01.2002 ORF1-Text S. 114 6h 02

Zeman setzt Angriffe fort

In der Auseinandersetzung mit dem Kärntner LH Haider und der FPÖ hat der tschechische Premier Zeman erneut nachgesetzt : In einem Interview mit dem neuen „Profil“ nennt er Haider einen „populistischen Pro-Nazi-Politiker, der nichts versteht, aber über alles redet“. Zum Anti-Temelin-Volksbegehren der FPÖ erklärt Zeman, „nur jemand, der nicht informiert ist - ich vermeide den Begriff Idiot -, kann dieses Volksbegehren unterstützen“. Es richte sich nicht gegen Temelin, sondern gegen den EU-Beitritt Tschechiens.

*

Aber was macht nur gerade die FPÖ und im Besonderen den Dr. Haider zur Zielscheibe internationaler Kräfte ? - Erinnern wir uns : Es begann mit einer Rede, in der er (damals noch als Parteiführer) „die ordentliche Wirtschaftspolitik im Dritten Reich“ behauptete. Der Grund, warum dieser Ausspruch so große „**Empörung im Ausland**“ hervorrief, wäre wert näher untersucht zu werden.

Um etwas voraus klar zu stellen : Ich habe noch nie einer politischen Partei angehört, - und zwar „keiner“. Doch versuche ich, mir aufgrund von erwiesenen und **unbestreitbaren** Tatsachen ein Bild über die derzeitigen Geschehnisse zu machen. Dazu zählen - im Zusammenhang mit Vorstehendem - auch Themen der Wirtschaft.

Zu den wesentlichsten gehört die hohe und schon jahrzehntelang anhaltende Arbeitslosigkeit, trotz der immer wieder von Politikern jeder Färbung angekündigten Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Es stellt sich die Frage, ob Staatsverschuldung Arbeitsplätze schafft. Dazu sollen wieder unbestreitbare Quellen wie der „Fischer Almanach 2000“, der „Aktuell Almanach 2002“ und die „Chronik des 20. Jahrhunderts“ dienen.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland von 1988 - 1998 (Zahlen aus Fischer-Almanach in Mio)

Jahr	FA	Gesamt	West	Ost
1988	90	2,242	2,242	(Vollb.)
1989	91	2,038	2,038	(Vollb.)
1990	92	2,432	1,590	0,842
1991	93	2,622	1,689	0,913
1992	94	2,978	1,808	1,170
1993	95	3,419	2,270	1,149
1994	96	3,697	2,555	1,142
1995	97	3,612	2,565	1,047
1996	98	3,965	2,796	1,169
1997	99	4,385	3,021	1,364
1998	2000	4,279	2,904	1,375

Aus den vorstehenden Zahlen ergibt sich, daß sich die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland unter der Führung von „**demokratischen**“ Parteien in den letzten 10 Jahren nahezu verdoppelt hat. Trotz aller - unter der Vorgabe „**Arbeitsplätze zu schaffen**“ - von diesen Parteien vorgenommenen Maßnahmen wie Einschnitte bei der Sozialversicherung, im Gesundheitswesen, im Lohnsystem, Öko-Steuern, den Ausverkauf von „Volksvermögen“ an Private unter dem Titel „Privatisierung“, u. dgl..

Besonders davon betroffen sind vor allem die Bürger der ehemaligen DDR, dieses „**diktatorisch**“ geführten Unrechtsstaates. Bis zur „Wende“ gab es dort, (auch bei den angeworbenen ausländischen Arbeitskräften) so gut wie keine

Arbeitslosigkeit. Dies nicht zuletzt aufgrund eines Wirtschaftssystems, das den Gemeinnutz des eigenen Volkes vor den Eigennutz von Einzelnen stellte.

Ein Vergleich mit dem, **jede persönliche Freiheit** (auf Kosten der Allgemeinheit) **des Einzelnen** unterdrückenden Regime der Nationalsozialisten drängt sich auf. Schon in deren Parteiprogramm wurde (unter Punkt 10 und 11) von diesen festgelegt :

*

10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. **Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit** verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen Aller erfolgen. Daher fordern wir :

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.

Brechung der Zinsknechtschaft

*

Und damit wurde jeder zur „**mühevollen**“ Arbeit für das Gemeinwohl „**gezwungen**“- ja sogar mit „**Zwangsarbeit**“ im KZ - wenn er gegen diese Regel verstieß - bestraft. Daß dies auch nach der Machtübernahme der NSDAP so gehandhabt wurde, ist hinlänglich bekannt. Auch die Jugend leistete „**Pflicht-Einsatz**“ beim Arbeitsdienst.

Bei den derzeitigen, erschreckend hohen Arbeitslosenzahlen (z.B. in der BRD) die an die Zeit vor 1933 erinnern, erhebt sich als erstes die Frage : Wie hat damals der "Nationale Sozialismus" **innerhalb von nur 2 Jahren** mehr als **3,000.000** und in **weiteren 2 Jahren nochmals 2,000.000 Arbeitsplätze geschaffen ?**

Dazu sollen wieder absolut objektive Quellen, nämlich "Die Chronik des 20. Jahrhundert" (Ausg. 1991, Chronik-Verlag), der Fischer-Almanach und andere unbestreitbare Dokumente dienen.

15.02.1933	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	6,047.000
08.03.1933	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	6,002.000
30.09.1933	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	3,849.000
30.11.1933	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	3,714.000
31.01.1935	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	2,973.000
30.06.1935	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	1,877.000
31.10.1936	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	1,076.000
31.03.1937	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	1,245.000

30.04.1937 Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland 961.000

Die weit verbreitete Antwort hierauf "...weil der Hitler aufgerüstet hat..." löst die nächste Frage aus : "Mit welchem GELD hat er dies getan ?" - die Antworten darauf lauten meist : "...weil er Geld gedruckt hat, das nichts wert war ..." - demnach müßte es aber eine Inflation gegeben haben - hat es aber nicht ! - oder - "...Mit dem Geld das er den Juden geraubt hat"... - Die jüdischen Vermögen mußten aber erst ab 26.04.1938 per Gesetz angemeldet werden !

Frage : mit welchem Geld wurden die als dem "Gigantismus" (vgl. den Aufwand heutiger olympischer Spiele !) zugeschriebenen Sportanlagen der XI. Olympischen Sommerspiele in Berlin 1936 gebaut ?

Frage : Lag es vielleicht an der "Wirtschafts-Form" die als Deckung die "Leistung" (Für jede Arbeitsstunde kann eine Reichsmark gedruckt und in Umlauf gebracht werden), anstelle der bis dahin üblichen Gold- oder Devisendeckung gesetzt hatte ?

Frage : Warum wird von den heutigen Politikern dieses, sich schon einmal bewährte Wirtschaftssystem zur Schaffung von Arbeitsplätzen nicht angewandt ?

Frage : Wurde - (und wird) - der Dr. Haider (und die ihm nahestehende FPÖ) nur deshalb so vehement angegriffen, weil er sich nach ähnlichen Überlegungen, aufgrund vorstehender Tatsachen vielleicht selbst eine Meinung bildete - und diese „öffentlich“ aussprach ?

Frage : Sind die von der Bevölkerung der einzelnen nationalen Staaten gewählten Regierungen **befugt, die Interessen der eigenen Bürger dem Diktat internationaler Gruppen zu unterwerfen**, - oder wären sie verpflichtet, nur die eigene Bevölkerung vor den Auswirkungen des Internationalismus zu schützen ?

Frage : Verhilft die vielgerühmte „Globalisierung“ (die „Internationalisierung“) den Bürgern der einzelnen nationalen Staaten zu „Arbeit und Brot“ - oder dient diese nur den Interessen einzelner Menschengruppen ?

Möge sich jeder diese Fragen selbst beantworten - ich weiß es nicht !

*

Gedanken zur „Globalisierung“

Der Begriff „Global“ bedeutet Weltumspannend, Weltweit, bzw. die ganze Welt

Wie jede Gruppe von Lebewesen (sei es bei Menschen oder im Tierreich) eine von der Gruppe anerkannte Führung braucht, so würde auch eine solche zur Führung einer „**weltweit zusammengefaßten Menschheit**“ erforderlich sein.

Die Frage ist nur, welche „Form der Führung“ wäre die für alle geeignete ? Im Tierreich setzt sich in der Regel der Stärkste durch, da er für die Sicherheit seiner Herde die besten Voraussetzungen bringt. Eine Gleichheit aller Tiere seiner Herde kann es daher schon naturgemäß nicht geben. - Gleiches gilt natürlich auch für den Menschen.

In früherer Zeit, als es noch Monarchien nach der Art der Kaiser und Könige gab, herrschten diese durch eine „autoritäre“ Staatsführung. Werte wurden geschaffen, z.B. die Bauten während der Regierung Kaiser Franz Josefs, von denen die heutigen „Demokratien“ noch Nutzen ziehen. Die von der Kaiserin Maria Theresia eingeführten, (grundlegenden) Gesetze zum Schutz der Bürger eines Vielvölker-Staates, die noch heute in ihrer Klarheit und Verständlichkeit (auch für den Normalbürger!) beispielgebend sind.

Ist eine einheitliche, für alle Völker der Welt geltende Führung nur in Form einer „Diktatur“ zu erreichen, der sich alle unterzuordnen haben - oder kann dieses Problem durch die „Gleichberechtigung“ aller Menschen, also „**Demokratie**“ gelöst werden ? - Wer sollte die erforderliche „Oberhoheit“ wahrnehmen ?

Schiff ohne Kapitän ?

Der vorstehende Titel mag jedem, der schon einmal bei einer Schiffsreise oder bei einem Flug der Schiffs- bzw. der Flugzeugbesatzung sein Leben anvertraut hat, auf den ersten Blick unverständlich erscheinen. Gilt es doch für jeden als selbstverständlich, daß eine für alle mit der Fahrt oder dem Flug zu treffenden Entscheidungen allein verantwortliche Person, nämlich ein „Kapitän“ an Bord ist.

Es lohnt sich jedoch, über die Stellung, die Verantwortlichkeit, die Qualifikation und die Befugnisse eines Kapitäns nachzudenken, die durchaus mit der Führung eines Staates - dem sich eine weitaus größere Zahl an Menschen anvertraut - vergleichbar ist.

Daß ein Kapitän (als allein Verantwortlicher für alles Geschehen an Bord) sich die Auswahl und absolute Kontrolle einer sachkundigen Besatzung vorbehält, ist einsichtig. Dazu bedarf es allerdings der unbeschränkten (also der „autoritären“) Befehlsgewalt eines „Kapitäns“, der alleine die Verantwortung betreffs der Sicherheit sowohl für das Schiff (den Staat), als auch für seine Mannschaft (die seine Anordnungen durchführt) und die Passagiere (das sich ihm anvertrauende Volk), trägt.

Kann sich jemand vorstellen, daß, - bleiben wir als Beispiel bei einem Schiff - ein solches durch „demokratische“ Entscheidungsfindungen oder Kompromisse der Besatzungsmitglieder, je sein Ziel zum Wohle aller Passagiere erreichen würde ?

Wer wäre im Falle einer „demokratisch gefundenen“ Fehlentscheidung die zum Nachteil aller Passagiere (bis hin zum Tod) führt, eindeutig und persönlich zur Verantwortung zu ziehen ?

Nehmen wir als Beispiel das Aufziehen eines Sturmes. Die Meinungen der von den Passagieren „demokratisch gewählten Schiffsbesatzung“ (ohne Kapitän) gehen je nach Interessen weit auseinander. Der erste Offizier gedenkt den Kurs zu ändern um dem Sturm auszuweichen. Dem widerspricht der für die Wirtschaftlichkeit (vom Reeder eingesetzte) zuständige Offizier wegen der dadurch entstehenden erheblichen Mehrkosten des Treibstoffs.

Der Maschineningenieur hat einerseits Bedenken, ob der Treibstoff ausreichen könnte, oder in anderem Fall, ob seine Maschinen beim Beibehalten des Kurses keinen Schaden nehmen könnten.

Der Chefkoch erwägt die Einsparungen durch den Minderkonsum der Passagiere denen das Schlingern des Schiffes (beim Durchfahren der Schlechtwetterfront) den Appetit verdirbt, zu dem durch die längerer Fahrzeit bedingten Mehrverbrauch an Lebensmittel, (für den er dem Reeder verantwortlich ist).

Die Besatzung ist geteilter Meinung. Auch die Passagiere. Diejenigen, die auf pünktlicher Einhaltung der Ankunftszeit bestehen und jenen, die auf ihre Sicherheit bedacht sind und auch in dem längeren (durch kulinarische Genüsse versüßtem), für sie kostenlosen Aufenthalt auf dem Schiff einen Vorteil sehen.

Man könnte die Reihe der Interessenskonflikte beliebig weiter anführen, doch wie - und wer - soll nun eine Entscheidung treffen ? Also wird versucht eine solche auf „demokratischem“ Weg durch „Mehrheitsmeinung“ zu finden.

Je nach Argumentation der einen Gruppe (die sachkundig seemännische anführt) und der anderen, die wirtschaftliche oder persönliche Gründe vertritt, oder jene, die mangels Kenntnis der Auswirkung nicht sicher sind, wird nun ein Kompromiß „erarbeitet“. - Der Kurs wird zwar geändert, aber nur soweit, daß der Weg auf die Hälfte des Umwegs reduziert wird.

Gerade dieser Kurs führt aber in ein (der sachkundigen Besatzung bekanntes) unsicheres Gebiet mit Riffen oder anderen Hindernissen. Jedoch die „Mehrheit“ hat „demokratisch“ entschieden. Das Schiff läuft auf Grund und sitzt fest. Doch die Stärke des (angenommen nur halben) Seegangs trifft auf das manövrierunfähige Schiff und beschädigt es erheblich. Passagiere werden verletzt. Es erhebt sich die Schuldfrage. - Keiner war es !

Der erste Offizier beruft sich darauf, daß er dem Sturm ausweichen wollte, aber überstimmt wurde. Der Schiffingenieur (dessen Maschine auch kaputt gegangen ist), weist die Schuld ebenfalls von sich, er hatte ja nur seine „Bedenken“ geäußert. Der für die Wirtschaftlichkeit Verantwortliche mußte sich dem „Entschluß der Mehrheit“ beugen und fühlt sich daher für den Unfall nicht verantwortlich. Selbst der Koch schließt sich dieser Meinung an.

Die Passagiere, gleich wie sie abgestimmt haben, „waren schon immer für den sichereren Weg“ - und machen den Reeder, den Reiseveranstalter (und alle anderen, die es besser gewußt haben mußten) für den ihnen zugefügten Schaden verantwortlich, denn sie haben ja für eine „vergnügliiche Seereise“ bezahlt.

Hätte es nur einen „einzig Verantwortlichen“, einen sachkundigen „Kapitän“ gegeben, der in „undemokratischer Entscheidung“ - ja in nahezu „diktatorischer“ Weise - „autoritär“ und ohne Rücksichtnahme auf andere Meinungen und Interessen den Kurs bestimmt hätte, - wäre die Verantwortlichkeit klar.

Anders wie in der Politik, (laut Wörterbuch „Staatsführungskunst“ von dieser bei den heutigen Politikern allerdings wenig zu bemerken ist), ist der Weg der fachmännischen Ausbildung eines „Kapitäns“ von außergewöhnlicher Länge gekennzeichnet.

Es genügt nicht, seine Qualifikation durch eine bestandene fachliche Prüfung oder durch eine „Wahl des Reeders“ (vgl. dem Volk) bestimmte Eignung allein nachzuweisen, sondern er muß langjährig alle Stationen der praktischen Seemannschaft selbst durchgegangen sein, bei der auch seine „charakterliche Eignung“ von allen ihm in der Zeit übergeordneten „Kapitänen“ schriftlich und nachweisbar bestätigt werden muß.

Nur eine solche Ausbildung, die auch die lange praktische Erfahrung beinhaltet und die geistige Reife „ein“- jedoch jeden Opportunismus „aus“- schließt, formt einen „Kapitän“, der sowohl von seiner Besatzung als auch von den Passagieren unbestritten als „souveräne Instanz“ anerkannt und gewürdigt wird.

Ist nun ein „Kapitän“ - sei es auf See oder im Flugzeug - berechtigt in eigener und alleinigen Verantwortung seine Entscheidungen ohne Rücksichtnahme auf wirtschaftliche Interessen einzelner Gruppen und „demokratischer Abstimmung“ jedoch zum Wohle und der Sicherheit der Allgemeinheit zu treffen ? Im Notfall auch Randalierer - wenn zum Schutz der Passagiere erforderlich - einsperren zu lassen ?

*

Nach diesem Beispiel erscheint es klar, die Führung eines Schiffes oder Flugzeuges kann nur durch eine qualifizierte, allgemein anerkannte und voll für ihre Entscheidungen verantwortliche Person „autoritär“ erfolgen.

Frage : Wer könnte „die Weltbevölkerung“ in ihrer Gesamtheit führen ?

Frage : Welche „Person“ könnte dies sein ? „demokratisch“ geht es wohl nicht“.

Frage : Gibt es überhaupt einen Plan hierfür ?

Den Nationalsozialisten wurde nachgesagt, **sie** wollten die ganze Welt erobern. Doch die gibt es seit einem halben Jahrhundert nicht mehr. Immerhin. - wird z.B. in einem Schulbuch (Nr. 1887, ISBN 3-70040-1655-5, 4. Aufl. 1999) genehmigt vom BMf Unterricht für die 4. Klasse, auf Seite 46 dies „**bewiesen**“.

„Die Pläne der Nazis“

... Aus einem NS-Lied : „Heute **gehört** uns Deutschland und morgen die ganze Welt.“

Das hat allerdings einen „Schönheitsfehler“. Der Originaltext, (jeder der bereits fast ausgestorbenen damaligen Zeitzeugen die es gesungen haben, weiß dies), lautet : „Denn heute **da hört** uns Deutschland ...“. Man könnte Bücher über weitere, solche, in Schulbüchern aufscheinende „Ungenauigkeiten“ schreiben, doch das würde jeden Rahmen sprengen. Wird nun die Jugend bewußt belogen

bzw. durch falsche Information irregeleitet um „Behauptungen als historische Tatsachen“ zu akzeptieren ? - Dies ist nur ein Beispiel.

Ob dies auch eine Art von „Volksverhetzung“ ist ? - Ich weiß es nicht !

*

Nach all dem Vorstehenden erscheint es zumindest interessant, zu prüfen ob die heute in der Politik als einzig gute Form einer Regierung gepriesene „Demokratie“ tatsächlich als eine solche anzusehen ist - oder ob sie nur eine notwendige Zwischenstation zur Errichtung einer neuen Zwingherrschaft ist, bzw. auf einer strategischen langfristigen Planung einer Menschengruppe fußt.

*

Zu Beginn unseres Jahrhunderts erschienen in der europäischen Öffentlichkeit die "Protokolle der Weisen von Zion", (ein angeblicher Plan zur Eroberung der Weltherrschaft durch eine Gruppe zionistischer Juden). Diese „Protokolle“ waren von Anfang an sehr umstritten, wurden zeitweilig verboten, und es fanden sogar Prozesse zu ihrer Glaubwürdigkeit in den dreißiger Jahren in der Schweiz statt. Von jüdischer Seite wurden sie als antisemitische Hetzschrift bezeichnet.

Vielfach wird heute noch immer von jüdischer Seite auf das "Schweizer Urteil" hingewiesen, das (angeblich) die "Protokolle" gerichtlich notorisch als Fälschung erkannt habe. Was allerdings dabei verschwiegen wird, daß es in dieser Causa einen "Revisionsprozeß" gegeben hat, der die Fälschung nicht bestätigte.

Nur zur Information die wesentlichsten Passagen aus dem Buch :
„Die Zionistischen Protokolle“, von Th. Fritsch Ausg.1931 im Hammer-Verlag
(Eine Übersetzung des im Britischen Museum vorhandenen Originals)

(Hervorhebungen und Betrifft-Hinweise sind im Originalbuch nicht enthalten)

Kapitel 1

2.) Politische Freiheit ist ein Gedanke, aber keine Tatsache. Man muß diesen Gedanken immer als Köder zu gebrauchen wissen, wenn es gilt, die Volksmassen für seine Partei zu gewinnen, um den zu zermalmen, der die Macht inne hat. ...

(Betrifft : "Denkweise der Massen")

3.) Kann ein gesunder, logischer Sinn hoffen, die Menge mit Hilfe vernünftiger Ratschläge und Verträge mit einigem Erfolg zu leiten, wenn jeder Einwand oder Widerspruch, so sinnlos er auch sein mag, gemacht werden kann und wenn ein solcher Einwand mehr Anklang bei dem Volke finden kann, dessen Denkweise oberflächlich ist ?

Menschen in Massen und Massenmenschen, die allein von kleinen Leidenschaften geleitet werden, von armseligen Glaubensvorstellungen, Sitten, Überlieferungen und gefühlsvollen Theorien, sie werden **Beute des Parteizwists, der jede Art von vernünftigen Verträgen verhindert**, selbst wenn sie auf der Grundlage eines ganz schlüssigen Beweises beruhen. Jeder Entschluß einer Menge hängt von einer schwankenden und abgekarteten Mehrheit, die, in ihrer Unkenntnis politischer Geheimnisse, irgendeinen lächerlichen Entschluß faßt, der in die Regierungen die Saat der Anarchie legt.

...

(Betrifft : "Politiker - Moral")

4.) ... "Der Politiker hat nichts mit der Moral gemein.... - ... **Große nationale Tugenden, wie Offenheit und Rechtschaffenheit, sind Laster in der Politik** Solche Tugenden mögen die Eigenschaften der Königreiche der Gojim sein, aber wir dürfen uns von ihnen in keiner Weise leiten lassen."...

5.) (Betrifft : "Volksvertreter") ...

Ein Volk, das sich selbst, d.h. **Emporkömmlingen aus seiner Mitte**, überlassen ist, **stürzt sich selbst ins Verderben durch die Parteizersplitterungen, die durch die Bewerbung um Macht und Ehren hervorgerufen werden, und alle Unordnung rührt daher**. Können Volksmassen ruhig und ohne kleinliche Eifersucht Urteile finden, in Landesangelegenheiten verhandeln, die nicht von persönlichen Interessen getrennt werden können ? **Können sie sich gegen einen äußeren Feind selbst verteidigen ?** Das ist undenkbar, denn ein Plan, der in so viele Teile, als Köpfe im Pöbel sind, zerspalten ist, verliert jede Einheitlichkeit und wird dadurch unverständlich und unausführbar. ...

(Betrifft : "Beurteilung der Volksmassen") ...

Nur durch einen Zwingherrn können Pläne großzügig und vollständig durchgeführt werden, so wie man das Ganze passend auf die einzelnen Teile der Staatsmaschinerie verteilt : hieraus ist der Schluß unvermeidlich, daß für ein Land **die Regierung die beste ist, die von einer zuständigen Person zusammengefaßt ist**.

Ohne unbeschränkte Zwingherrschaft kann keine Zivilisation bestehen, die ja nicht von den Massen, sondern von ihren Führern weitergeführt wird, wer auch immer die Person sein mag. ...

(Betrifft : "Die Strategie zur Erreichung der Macht")

... "Vor uns liegt **ein Plan**, in dem die strategische Linie festgelegt ist, von der wir nicht abweichen können, ohne Gefahr zu laufen, die Arbeit so mancher Jahrhunderte zunichte werden zu sehen." ...

(**Anm.**: Dieser strategische Plan, stammt aus dem Jahre **1897** !)

(Betrifft : „Entsittlichung der Jugend,„)

... Die Völker der Gojim sind entnervt von alkoholischen Getränken; Ihre Jugend ist durch Klassizismus und frühe Unsittlichkeit verdorben, in die sie von unseren besonderen Agenten geführt worden ist - von **Lehrern**, Dienern, Erzieherinnen in den Häusern des Reichtums, von Angestellten u.a., von unseren Frauen in **Vergnügungsstätten**, die von den Gojim besucht werden. Zu denen rechne ich auch die sog. "Gesellschaftsdamen", willige Nachfolgerinnen der anderen in Verdorbenheit und Luxus. ...

(**Anm.**: vgl. Telefon-Sex - Sendungen in Telemedien - Pornografie in TV , usw ?)

(Betrifft : "**Oberregierung durch Gewalt und Täuschung**")

6.) ... "Unsere Losung ist : - **Gewalt und Täuschung**. Nur die Gewalt siegt in politischen Angelegenheiten, ... Gewalt muß der Grundsatz sein und Schlaueit und Täuschung die Richtschnur für Regierungen, die ihre Kronen nicht vor die Füße einer neuen Macht legen wollen." ...

... "**Darum dürfen wir mit Bestechung, Betrug und Verräterei nicht aufhören, wenn diese Dinge zur Erreichung unseres Zieles dienen soll. In der Politik muß man die Schwächen der anderen ohne Zaudern zu benutzen wissen, denn durch sie sichern wir uns Unterwerfung und Oberherrschaft.**" ...

(Betrifft : "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit")

7.) ... Überall in der Welt kamen die Worte **Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit aus unseren Reihen**, dank unserer Agenten - ganzen Legionen, die unser Banner mit Begeisterung trugen. Und zu allen Zeiten waren diese Worte Bohrwürmer, damit beschäftigt, sich in das Wohlbefinden der Gojim zu bohren; überall den Frieden, die Ruhe, die Einigkeit zu zerfressen und alle Grundlagen der nichtjüdischen Staaten zu zerstören. ...

... Unser Erfolg ist dadurch erleichtert worden, daß wir in unserem Verkehr mit Menschen, deren wir bedurften, immer auf die empfindlichsten Seiten der menschlichen Natur eingewirkt haben : Auf die **Geldgier**, die **Leidenschaft**, die **Unersättlichkeit nach menschlichen Gütern**. ...

Kapitel 2

(Betrifft : "Internationales Recht")

... "Unser **internationales Recht** wird dann die **nationalen Rechte auslöschen** und wird die Völker genau so beherrschen wie das Zivilgesetz der einzelnen Staaten " ...

(Frage: Wie etwa das "internationale Recht" der EU ?)

(Betrifft : "Presse")

2.) ... "In den Händen der heutigen Staaten befindet sich eine große Macht, die die Bewegung des Denkens im Volke lenkt ; das ist die Presse." ...

... "In der Presse findet der Sieg der Freiheit des Wortes seine Verkörperung. Aber die Gojimstaaten haben von dieser Kraft keinen Gebrauch zu machen gewußt, und so ist sie in unsere Hände gefallen." ...

... "**Durch die Presse haben wir die Macht der Beeinflussung gewonnen, während wir selbst im Dunkel bleiben.** " ...

(Frage : wer kontrolliert sie heute ?)

Kapitel 3

(Betrifft : „Politische Parteien)

... Um Machthungerige zu einem Mißbrauch der Macht zu veranlassen, haben wir alle Kräfte in Gegnerschaft zueinander gebracht, indem wir ihre liberalen Tendenzen in Unabhängigkeit auflösten.

(Betrifft : "Verfassungen")

2.) ... "Wir haben in die **Verfassungen** solche Rechte eingeschlossen, die den Massen als wirkliche **erscheinen**, während sie nur **eingebildete** sind. Alle diese sog. "Volksrechte" können nur in Gedanken vorhanden sein, die nie im praktischen Leben verwirklicht werden können."

... "Das Proletariat hat eben keinen anderen Nutzen von der Verfassung außer bloßen mitleidigen Brocken, die wir ihnen von unserem Tische zuwerfen, damit wir sie für unsere Anordnungen günstig stimmen, günstig für die Leute, die wir mit Macht ausstatten, die Diener unserer Regierung"

(Betrifft : "**Allgemeine Wirtschaftskrise in Europa**")

... Diese unterbrechen den Verkehr an den Börsen und bringen die Industrie zum Stillstand. Durch all diese unterirdischen geheimen Mittel, die uns zugänglich sind, und **mit Hilfe des Geldes, das ganz in unseren Händen ist, werden wir eine allgemeine Wirtschaftskrise verursachen. Dabei werden wir ganze Arbeitermassen auf die Straße werfen, gleichzeitig in allen Staaten Europas.**

4.) (Betrifft : "Französische Revolution")

... "Denken Sie an die Französische Revolution, der wir den Namen der "Großen" gegeben haben; die Geheimnisse ihrer Vorbereitung sind uns gut bekannt, denn **sie war ganz das Werk unserer Hände.**"

(Betrifft : "Schutzmacht - USA ?)

..."**Heute sind wir, als eine internationale Macht unbesiegbar, denn wenn jemand uns angreift, werden wir von anderen Staaten unterstützt.**" ...

(Anm.: vgl.: wer sind heute die führenden Personen in den Regierungen der "Supermächte" USA ?)

Kapitel 5

2.) ... "Die persönlichen und nationalen Meinungen der Gojim, **religiösen und Rassenhaß** haben wir gegeneinander aufgestachelt und sie im Laufe der vergangenen zwanzig Jahrhunderte zu großer Gewalt gesteigert. ...

3.) ... Die Nationen können nicht irgendwie einzeln vorgehen, ohne daß wir unsere Hand dabei im Spiele haben." ...

(Betrifft : Macht durch Staatsverschuldung ?)

... **Alle Räder der Staatsmaschinerie laufen durch die Kraft eines Triebwerkes, das in unseren Händen ist - das Geld.**

Kapitel 6

(Betrifft : Monopole)

Wir werden bald damit beginnen, ungeheure **Monopole** zu errichten, Behälter gewaltiger Reichtümer. Von denen selbst die großen Vermögen der Gojim so sehr abhängig sein werden, daß sie zugrunde gehen müssen, **zusammen mit dem Kredit der Staaten**, am Tage nach dem politischen Zusammenbruch. ...

3.) (Betrifft : Handel und Industrie Spekulation)

Zur gleichen Zeit müssen wir Handel und Industrie nachdrücklich unterstützen, **vor allem die Spekulation.**

... Um die Zerstörung der Industrie der Gojim zu vollenden, werden wir die Spekulation auf Prunk unterstützen

4.) (Betrifft : Lohnerhöhungen)

Wir werden die Löhne erhöhen, was indessen den Arbeitern keinen Vorteil bringen wird, da wir **zu gleicher Zeit eine Preiserhöhung** der notwendigsten Lebensbedürfnisse erzeugen werden.

Kapitel 7

(Betrifft : "Aufrüstung")

... "Die **Vergrößerung der Rüstungen**, die **Zunahme der Polizeikräfte** - alles ist wesentlich für die Vollendung des erwähnten Planes." ...

... **In ganz Europa**, und mittels der Beziehungen mit Europa **und auch in anderen Erdteilen** müssen wir **Gärungen, Zwiespälte und Feindseligkeiten schaffen**. Damit gewinnen wir einen doppelten Vorteil. Zuerst halten wir alle Länder im Schach, ... Zweitens werden wir durch unsere Intrigen auf alle Fäden einwirken, die wir in den Kabinetten aller Staaten gesponnen haben durch die **Politik, durch wirtschaftliche Verträge oder Schuldverschreibungen**.

(Betrifft : "Kriege gegen Nachbarländer - Weltkrieg")

... "Wir müssen in der Lage sein, jedem Widerstand **durch Kriege mit den Nachbarn des Landes, das es wagt, uns zu trotzen**, zu begegnen.

Wenn diese Nachbarn es jedoch auch wagen sollten, gegen uns zusammenzustehen, dann müssen wir ihnen durch einen Weltkrieg Widerstand bieten." ...

(Betrifft : "Presse als achte Großmacht")

... "Wir müssen die Regierungen der Gojim zwingen, in der Richtung vorzugehen, die unseren weitgefaßten Plan begünstigt, der sich schon der gewünschten Vollendung nähert und **den wir als die öffentliche Meinung darstellen**, die wir insgeheim durch die sogenannte "**achte Großmacht**", die Presse, erzeugt haben. Mit wenigen Ausnahmen, die unberücksichtigt bleiben können, ist die Presse **schon ganz in unseren Händen.**" ...

(Betrifft : „Machtdemonstrationen,„)

... Mit einem Wort, um unser System, die Regierungen der Gojim in **Europa** in Schach zu halten, zusammenfassen : **wir werden einer von ihnen unsere Stärke durch Schreckensunternehmungen zeigen**, und wenn wir die Möglichkeit einer allgemeinen Erhebung gegen uns zugeben, werden wir allen mit den Kanonen Chinas oder Japans antworten. ...

Kapitel 8

(Betrifft : "Auswahl der Personen für wichtige Staatsämter")

... "Eine Zeitlang, bis wir ohne Gefahr wichtige Staatsämter unseren jüdischen Brüdern anvertrauen können, werden wir jene mit Leuten besetzen, **deren Vergangenheit und Ruf so sind, daß zwischen ihnen und dem Volke eine Kluft liegt, Leute, die im Falle des Ungehorsams gegen unsere Anweisungen peinlichen Anklagen entgegensehen oder verschwinden müssen.** Dies alles dient dazu, **sie bis zu ihrem letzten Atemzuge unsere Belange vertreten zu lassen.**" ...

Kapitel 9

(Betrifft : "Diktatur - Oberregierung")

... "Nichts kann unsere Wirkung behindern. Unsere Oberregierung besteht in außergesetzlichen Formen, die schlechtweg als "**Diktatur**" bezeichnet werden können." ...

... "Und die Waffen in unseren Händen sind **unbegrenzter Ehrgeiz, brennende Habgier, erbarmungslose Rachsucht, Haß und Groll.**" ...

(Betrifft : "Urheber des Terrors")

... "**Wir sind es, die den alles verschlingenden Schrecken, den Terror vorantreiben. In unseren Diensten stehen Personen aller Richtungen, aller Doktrinen : Reaktionäre, Monarchisten, Demagogen, Sozialisten, Kommunisten und utopische Träumer aller Art. Wir haben sie alle vor unseren Wagen gespannt : jeder einzelne von ihnen zerstört von sich aus die letzten Reste der Autorität, ist bemüht, alle bestehende Ordnung zu vernichten.**

Das beunruhigt die Staaten ; sie ermahnen zur Ruhe, sind bereit, alles um des Friedens willen gutzuheißen ; **aber wir werden keinen Frieden geben, bis sie öffentlich und in Unterwürfigkeit unsere nationale Oberregierung anerkennen.**" ...

(Betrifft : "Täuschung der Jugend")

3.) ... Wir haben die Jugend der Gojim irreführt, getäuscht und verdorben, indem wir sie nach den Grundsätzen und Theorien erzogen, die uns zwar als falsch bekannt sind, die wir ihnen aber dennoch einschärften." ...

4.) Betrifft : Umdeutung der Gesetze)

.... „Durch unmerkliche Umdeutung und widerspruchsvolle Auslegung der Gesetze erzielten wir unerwartete Erfolge. Der Sinn der Gesetze wurde verdunkelt und konnte schließlich von der Regierung gar nicht mehr erkannt werden, so daß sie sich zuletzt in ihren eigenen Angelegenheiten nicht mehr zurechtfinden. So öffneten wir den Weg zu einer Rechtsprechung nach eigener Willkür statt nach dem Gesetz.“

Kapitel 10

2.) (Betrifft : Staatsstreich)

... Wenn wir unseren Staatsstreich ausgeführt haben, werden wir zu den Völkern sagen : "Die Ereignisse sind schrecklich und schlecht gewesen. Alles ist leidvoll ausgegangen. Aber seht, wir vernichten nun die Ursachen eurer Not : **Nationalitäten, Grenzen, Verschiedenheiten der Währungen.** Es steht euch natürlich frei, den Urteilsspruch über uns zu fällen; aber kann es ein gerechter sein, wenn ihr ihn vollzieht, ehe ihr das versucht habt, was wir euch jetzt anbieten ?" ... Dann wird der Pöbel uns zujauchzen und auf seinen Händen tragen in einmütigem Triumph der Hoffnung und Erwartungen. ...

(Betrifft : "Öffentliche Wahlen")

... Wir haben die öffentlichen Wahlen zu einem Mittel gemacht, welches uns auf den Thron der Welt verhelfen wird, **indem sie auch dem Geringsten im Volk den Schein geben, durch Zusammenkünfte und Vereinigungen auf die Gestaltung des Staates einzuwirken. Dann aber wird das Wählen seinen Zweck erfüllt haben und seine Rolle zum letzten Male spielen** : in der Einmütigkeit des Wunsches, enge Bekanntschaft mit uns zu machen, bevor man uns verurteilt. Um dieses Ziel zu erreichen, **müssen wir jede Stimme ohne Unterschied der Klassen und Stände haben, um die Übermacht der Mehrheit herzustellen**, die von den gebildeten und besitzenden Klassen allein nicht zustande kommen kann....

3.) (Betrifft : Staatspräsidenten)

... "Dann war das Zeitalter der Republiken gekommen; und dann ersetzten wir den Herrscher durch eine **Karikatur von Regierung - durch einen Präsidenten aus dem Volk, aus der Mitte unserer Puppen, unserer Sklaven.** Das war die Mine, die wir unter die Grundmauern der Gojimstaaten gelegt haben, und zwar aller nichtjüdischen Staaten." ...

(Betrifft : "Präsidenten und deren Auswahl")

4.) ... "Demnächst werden wir **die Verantwortlichkeit des Präsidenten einführen.** - **Zu jener Zeit werden wir uns bei der Durchführung unserer**

Pläne keinen Zwang mehr aufzuerlegen brauchen, denn alle Verantwortung tragen unsere Stroh puppen." ...

... "Damit unser Plan dieses Ergebnis zeitigen kann, werden wir Wahlen zugunsten solcher Präsidenten veranstalten, die in ihrer Vergangenheit irgendeine dunkle Stelle, ein "Panama", haben. Dann werden sie willfährige Werkzeuge für die Vollendung unserer Pläne sein - aus Furcht vor Enthüllungen und aus dem natürlichen Wunsche eines jeden zur Macht Gelangten, die Vorrechte, Vorteile und Ehren zu erhalten, die mit dem Amte des Präsidenten verbunden sind." ...

... "Die Volksvertretung wird die Präsidenten decken, wird sie schützen, wird sie wählen : aber wir werden ihr das Recht nehmen, neue vorzuschlagen oder bestehende Gesetze zu ändern, denn dieses Recht sichern wir dem verantwortlichen Präsidenten, der eine Puppe in unserer Hand ist." ...

(Betrifft : "Präsidentenrecht - Krieg")

... "Unabhängig werden wir dem Präsidenten das Recht verleihen, den Staat in Kriegszustand zu versetzen. Dies werden wir mit der Begründung rechtfertigen, daß der Präsident als Haupt der Wehrmacht des Landes sie zu seiner Verfügung haben muß, um im Notfalle die neue republikanische Verfassung verteidigen zu können. Das Recht der Verteidigung gebührt ihm aber als dem verantwortlichen Vertreter dieser Verfassung." ...

5.) ... "Man versteht, daß unter diesen Bedingungen der Schlüssel der Staatsmacht in unseren Händen liegen wird, und niemand außer uns wird die Gesetzgebung länger leiten. Daneben werden wir bei Einführung der neuen republikanischen Verfassung der Kammer das Recht der Anfrage nach Regierungsmaßnahmen entziehen, unter dem Vorwand, daß politische Geheimnisse zu wahren sind." ...

... "Vom Staatspräsidenten wird die Ernennung zum Präsidenten und Vicepräsidenten der Kammern und des Senates abhängen." ...

(Vgl.: Besetzung der wichtigsten Regierungsposten in USA)

... "Der Präsident wird den Sinn der Gesetze, die eine verschiedene Auslegung zulassen, nach unserem Belieben deuten ; er wird sie ferner aufheben, wenn wir ihm zu verstehen geben, daß dies notwendig sei. Daneben wird er das Recht haben, zeitlich begrenzte Gesetze vorzuschlagen und sogar neue Richtlinien für die Verfassung. Als Vorwand für beides dienen ihm die Erfordernisse des Staatswohles." ...

(Betrifft : "Zerstörung der Verfassungen") ...

6.) Durch solche Maßnahmen werden wir Schritt für Schritt **alles wieder zerstören können, was wir seinerzeit in die Verfassungen der Staaten einfügen mußten ; so werden wir unauffällig die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes wieder auslöschen. Dann ist die Zeit gekommen, jede Regierungsform in unsere Zwingherrschaft zu verwandeln. ...**

6.) (Betrifft : "Wege zur Oberherrschaft")

... "Die Menschheit muß durch Zwist, Haß, Streit, Neid, ja selbst durch Entbehrungen, durch Hunger, durch Einimpfen von Krankheiten, durch Mangel und Not so erschöpft werden, daß die Gojim keinen anderen Ausweg sehen, als ihre Zuflucht zu unserer vollständigen Oberherrschaft zu nehmen, sich unserer Geldmacht zu unterwerfen." ...

Kapitel 12

1.) (Betrifft : "Meinungsbildung durch Presse und Pressefreiheit")

... Welche Rolle spielt die Presse heutzutage ? Sie dient zur **Aufreizung und Entflammung der Volksleidenschaften, die wir für unsere Zwecke brauchen.** Sie ist oft schal, **ungerecht, verlogen,** und der größte Teil der Bevölkerung hat nicht die geringste Ahnung, **wem die Presse in Wirklichkeit dient. ...**

(Betrifft : "Zensur der Presse - Medien")

... Keine einzige Ankündigung wird ohne unsere Kontrolle in die Öffentlichkeit gelangen. **Das wird auch jetzt schon erreicht, insofern, als die Nachrichten aus aller Welt in einigen wenigen Agenturen zusammenlaufen. Diese Agenturen werden von uns bereits kontrolliert und lassen nur das in die Öffentlichkeit gelangen, was wir gutheißen.**

Wenn wir es jetzt schon ermöglicht haben, die Gedankenwelt der Nichtjuden so zu beherrschen, **daß sie alle ahnungslos die Ereignisse der Welt durch die gefärbten Brillen sehen, die wir ihnen aufgesetzt haben;** wenn es schon jetzt keinen Staat mehr gibt, in dem die Dummheit der Gojim uns nicht alle Staatsgeheimnisse offenbart; was wird dann unsere Lage sein, **wenn wir die anerkannten Oberherren der Welt sind ...**

2.) (Betrifft : "Presse - Lüge - Wahrheit - Tatsachen oder Gegenteil")

... Dank dieser Methoden werden wir in der Lage sein, **die Öffentlichkeit von Zeit zu Zeit wegen politischer Fragen zu erregen oder zu beruhigen, sie zu überreden oder zu verwirren, bald Wahrheit, bald Lüge, Tatsachen oder deren Gegenteil zu veröffentlichen - je nachdem, ob sie gut oder schlecht aufgenommen werden. ...**

(Betrifft : "Pressegeheimnis - Schutz der Quellen")

3.) ... Gleich den Auguren der Alten wird niemand das Geheimnis seiner Nachrichtenquellen preisgeben, wenn er nicht dazu gezwungen ist, sie zu nennen. **Kein Zeitungsschreiber wird es wagen, dieses Geheimnis zu verraten, denn niemand wird zur praktischen Schriftstellerei zugelassen, wenn seine Vergangenheit nicht irgendwo eine wunde Stelle hat ...**

... Diese schwachen Stellen würden sofort enthüllt werden. Solange sie das Geheimnis weniger bleiben, lockt **das Ansehen der Zeitungsschreiber** die Mehrheit des Landes an - der Pöbel folgt ihm mit Begeisterung.

Kapitel 13

... **"Wer wird denn je auf den Gedanken kommen, daß alle diese Völker nur Drahtpuppen waren, die von uns nach einem großen politischen Plane bewegt wurden, den niemand im Laufe der Jahrhunderte auch nur geahnt hat ? ...**

Kapitel 14

(Betrifft : "Vernichtung aller anderen Religionsformen")

... "Wenn wir unser Königreich aufgerichtet haben, wird es uns unerwünscht sein, wenn es darin noch **eine andere Religion** geben sollte neben der unseren von dem Einen Gott, an den unser Schicksal **als auserwähltes Volk** geknüpft ist und durch den unser selbes Schicksal mit den Geschicken der Welt verbunden ist. **Wir müssen daher alle anderen Glaubensformen vernichten.**" ...

(Frage.: vor allem die "nicht willfähigen" islamischen ?)

Kapitel 15

(Betrifft : "Opfer zur Erreichung des Zieles")

3.) ... "Und wie weitblickend waren unsere gelehrten Ältesten in den alten Zeiten, als sie sagten, daß man, um ein großes Ziel zu erreichen, kein Mittel verschmähen und **die Opfer nicht zählen dürfe**, die um jenes Zieles willen fallen. Wir haben die Opfer aus dem tierischen Geschlecht der Gojim nicht gezählt, wenn wir auch manchen der Unseren geopfert haben. Dafür haben wir uns jetzt schon eine Stellung verschafft, die wir uns kaum träumen ließen. " ...

(Betrifft : "Ansehen des Gesetzes")

4.) ... "Unter unserem Einfluß ist die Durchführung der Gesetze der Gojim auf ein Mindestmaß herabgesetzt worden. **Das Ansehen des Gesetzes ist durch die liberale Auslegung der Gojim zerstört worden. In den wichtigsten und grundlegenden Angelegenheiten und Fragen entscheiden die Richter so, wie wir es ihnen vorschreiben und sehen die Dinge in dem Licht, in das wir sie vor der nichtjüdischen Verwaltung einhüllten - natürlich durch Leute, die unsere Werkzeuge sind, wenn es auch den Anschein hat, als hätten wir nichts mit ihnen zu tun, durch Zeitungsnachrichten oder andere Mittel ...**

... **"Sogar Senatoren und höhere Verwaltungsbeamte nehmen unsere Ratschläge an."** ...

(Betrifft : "Anspruch auf die Welt-Führerschaft")

... "Aus diesem Unterschied der Geistesverfassung zwischen den Gojim und uns kann man klar das Siegel unserer Auserwähltheit und unseres höheren Wertes an Menschlichkeit erkennen, im Gegensatz zu dem rohen Geist der Gojim. Ihre Augen sind offen, aber sie sehen nichts vor sich und erfinden nichts (höchstens materielle Dinge). Danach ist es klar, daß uns die Natur selbst dazu bestimmt hat, **die Welt zu führen und zu beherrschen.**" ...

Kapitel 16

(Betrifft : "Einseitige Geschichtsdarstellung")

... **"Wir werden aus dem Gedächtnis alle Tatsachen früherer Jahrhunderte auslöschen, die uns unerwünscht sind und nur jene bewahren, welche die Irrtümer der Gojimregierungen schildern."** ...

(Frage: Durch "Geschichtliche Festschreibung" von "Zeugenaussagen" im Zusammenhang mit dem Holocaust, - trotz technischer, bzw. physikalischer "Unmöglichkeiten" - als "erwiesene Tatsache" ?)

2.) (Betrifft : "Lehrfreiheit wird abgeschafft")

.... **Wir werden jede Lehrfreiheit abschaffen.** Lernende jedes Alters werden das Recht haben, sich mit ihren Eltern **in den Erziehungsanstalten wie in einem Klub zu versammeln.** Während dieser Versammlungen an den Feiertagen werden die Lehrer freie Vorlesungen über alle möglichen Fragen des menschlichen Lebens halten, z.B. die Gesetze, die Grenzen die den unbewußten Beziehungen gezogen sind, und schließlich über die Philosophie neuer Lehrmeinungen, die der Welt noch nicht erklärt worden sind. **Diese**

Lehrmeinungen werden wir zu einem Glaubensdogma erheben als Übergang zu unserem Glauben. ...

... So werden wir künftig das Aufkeimen jeder freien Meinung zu verhindert wissen und allein die öffentliche Meinung beherrschen. Die Zügelung des Denkvermögens ist schon ein Teil im sogenannten Lehrplan der Ziellehre, deren Zweck es ist, die Gojim zu gedankenlosen Tieren zu machen, die geduldig auf das warten, was man ihnen vorsetzen wird, ...

Kapitel 17

3.) ... "Im allgemeinen werden wir also weiterhin in allen Staatsangelegenheiten und Religionen die Unfähigkeit der Gojim bloßstellen **und dabei immer die verächtlichsten Ausdrücke anwenden, um durch alle Mittel ihr Ansehen zu vermindern ...**"

(Frage: z.B. " Fremdenfeindliche, Diktatoren, Schurkenstaaten, Extremisten, Rechtsradikale, Antisemiten, Kriegsverbrecher, Leugner, Terroristen, usw. ?")

Kapitel 18

(Betrifft : "Attentate auf nichtjüdische Herrscher")

... "Sie wissen, daß wir das Ansehen der Goikönige durch häufige Angriffe auf ihr Leben seitens unserer Agenten zerstört haben. Die Täter waren blinde Schafe unserer Herde und leicht durch ein paar liberale Phrasen zu Verbrechen zu bewegen, wenn diese nur einen politischen Anstrich hatten.

Wir werden die Herrscher dazu zwingen, ihre Schwäche einzugestehen, indem sie öffentliche Maßnahmen der geheimen Überwachung ankündigen ; und so werden wir das Vertrauen zur Staatsgewalt zerstören." ...

2.) ... "Anschläge auf uns werden bei dem ersten Verdacht niedergeschlagen werden ; die Furcht vor einem möglichen Irrtum darf nicht dazu führen, **Personen entwischen zu lassen, die eines politischen Verbrechens verdächtig sind.** Denn in diesen Dingen müssen wir buchstäblich unbarmherzig sein." ...

Kapitel 19

(Betrifft : "Politische Gegner - Verbrechern gleichsetzen")

... "Um den politischen Verbrechern das Ansehen des Helden zu nehmen, werden wir sie vor Gericht in einer Reihe mit Dieben, Mördern und allen anderen abscheulichen und schmutzigen Verbrechern stellen. Die öffentliche Meinung wird dann in ihrer Vorstellung diese Verbrechen vermengen und sie mit derselben Verachtung brandmarken." ...

(Anm.: Vgl. Kriegsverbrecherprozesse, in denen Soldaten Verbrechern gleichgestellt wurden, Prozesse gegen "Neonazis" wegen Verbreitung von "Antisemitischer Propaganda", "Leugnen bzw. Verharmlosung des Holocaust", "Singen von Nazi-Liedern", einem dem "Deutschen Nazigruß ähnlichen,, verwenden, usw. - alles zählt als „rechtsradikale Straftat !“)

Kapitel 20

(Betrifft : "Staatsverschuldung durch Zinsen")

5.) ... "Jede Staatsanleihe beweist Schwäche und einen Mangel an Verständnis für die Rechte des Staates. Anleihen hängen wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der Gojimherrscher. Anstatt von ihren Untertanen eine zeitgemäße Steuer zu erheben, kommen sie mit ausgestreckten Händen zu unseren Bankherrschaften betteln. **Fremde Anleihen sind Blutegel; es gibt keine Möglichkeit, sie vom Staatskörper zu entfernen, bis sie von selbst abfallen oder der Staat sie abschüttelt.** Aber die Gojimstaaten schütteln sie nicht ab, sondern setzen sich immerzu neue an, so daß sie unvermeidlich zugrunde gehen müssen, entkräftet vom freiwilligen Aderlaß."

... "Was ist eine Anleihe, besonders eine fremde, anders als eine Blutabzapfung? **Sie ist eine Ausgabe von Schuldverschreibungen, die eine Zinsverpflichtung enthalten, entsprechend der Summe des Leihkapitals. Wenn die Anleihe auf 5% lautet, dann hat der Staat in zwanzig Jahren eine der Anleihe gleiche Summe an Zinsen für nichts gezahlt, in sechzig Jahren die dreifache; und immer noch bleibt die Schuld unbezahlt.**" ...

(Anm.: Dadurch wird jede Regierung eines Staates erpressbar)

(Betrifft : "Auslandsanleihen durch korrupte Minister ?")

... "Solange die Anleihen **innere** waren, steckten die Gojim nur ihr Geld aus den Taschen der Armen in die der Reichen ; **nachdem wir aber die maßgebenden Personen kauften, um Anleihen im Auslande unterzubringen, floß aller Wohlstand der Staaten in unsere Kassen,** und die Gojim begannen, uns den Untertanentribut zu zahlen."

6.) (Betrifft : Zahltag)

... Unsere Berechnungen, die wir, wenn die Zeit gekommen ist, **vorlegen werden**, gründen sich auf **jahrhundertelange Erfahrungen, die wir durch Versuche an den Gojimstaaten gewonnen haben.**

*

(Frage : Welcher Personenkreis kontrolliert die "Weltbank" ?)

Dazu aus „Wer ist wer im Judentum“, Bd. 2, von David Korn, FZ-Verlag :

1996 schrieb die „Deutsche National Zeitung“: „Der **1944** gegründeten International Bank for Reconstruction and Development, kurz ‚Weltbank‘ genannt, gehören **178** Staaten an; Präsident ist **James Wolfensohn**.

Der **1956** gegründeten International Finance Corporation gehören **161** Staaten an; Präsident ist Mister **James Wolfensohn**.

Der **1960** gegründeten International Development Association gehören **157** Staaten an; Präsident ist **James Wolfensohn**.

Der **1956** gegründeten Multilateral Investment Guarantee Agency gehören **122** Staaten an: Präsident **James Wolfensohn**." Der Multifunktionsträger ist 1933 in Sydney als Sohn einer aus Deutschland nach Australien gelangten Familie zur Welt gekommen. Bevor er Bankmanager wurde, war er als Rechtsanwalt tätig. In New York ab 1970 an der Wall Street aktiv, stieg er 1977 beim Wertpapierhaus **Salomon Brothers** ein. 1981 gründete er, inzwischen US-Staatsbürger geworden, eine eigene Investmentfirma mit dem früheren **Präsidenten der US-Zentralbank, Paul A. Volcker**; als Partner und machte damit ein Vermögen.

1995 erfolgte **Wolfensohns Ernennung zum Präsidenten der Weltbank durch US- Präsident Clinton** (Washington bestimmt Richtlinien und Führung dieser Institution). Die Weltbank wurde bei Ende des Zweiten Weltkrieges in **Bretton Woods** unter Federführung des **US-Finanzministers Henry Morgenthau jr.** und dessen ebenfalls jüdischem Vertrauten **Harry Dexter White** geschaffen. Die Deutschen gehören zu den Haupteinzahlern. Das Institut stellt mit seiner Kreditpolitik auch politische Weichen - ganz im Sinne des Weltherrschaftsanspruchs von Wall Street und Weißem Haus, wie Kritiker finden. **Wolfensohn** gehört auch dem Verwaltungsrat der **Rockefeller-Foundation** an und ist Mitglied der sogenannten **Bilderberg-Gruppe**, eines Geheimzirkels international mächtiger Politiker, Medienmacher und Geschäftsleute.

*

Ob die von den heutigen Politikern praktizierte angeblich „Freie Demokratie“ einer solchen entspricht, oder die erwähnte Zwischenstufe ist, (wenn die

„Protokolle...“ - wie behauptet wird, vielleicht doch nur eine antisemitische Hetzschrift sind), das möge jeder Leser selbst beurteilen. - Ich weiß es nicht !

*

Wer verkörpert personell die Sammelbegriffe : „**Die USA**“, bzw. „**Amerika**“ ? Mit Sicherheit nicht das „Volk“, **sondern die Personen der Regierung die „im Namen des Volkes“** die politischen Entscheidungen treffen. Wer bestimmt welches Land als „**Schurkenstaat**“ (der mit „allen Mitteln zu bekämpfen ist“) angesehen werden muß. Wer bestimmt die politischen Entscheidungen „**der USA**“ oder „**Amerikas**“, z.B. ob auf die Bevölkerung des Irak, des Sudan, Serbiens, Koreas, oder eines anderen „mißliebigen Staates“ Bomben geworfen werden ? - Oder Vietnamesen mit „Agent Orange“ „zur **Verteidigung** der **USA**“ vergiftet werden ?

Trifft es zu, daß - wie der Irakische Vizepräsident Asis behauptete - der Präsident Clinton von einer „**zionistischen Clique**“ dominiert wird ? Diese müßten aber dazu die Kontrolle über die wichtigsten Ämter in seiner Regierung haben. - Prüfen wir !

Als Grundlage soll die Veröffentlichung in „Wahrheit und Recht“, Nr. 11 + 12, Seite 28/29 (vergleiche auch die Veröffentlichung in der Schweizer Zeitung „MATTINO DELLA DOMENICA“ und in der amerikanischen Zeitschrift „THE TRUTH AT LAST“, Nr. 404 , 1998) dienen, die die Besetzung hoher und höchster Posten durch Personen jüdischer Herkunft in der Clinton-Regierung dokumentiert :

Außenministerium

Madeleine Albright, Außenministerin

Peter Tarnoff, Stellvertretender Außenminister

James Rubin, Unterstaatssekretär im Außenministerium

Karen Alder, Direktor der Abt. Politik im Außenministerium

Stuart Eizenstat, Unterstaatssekretär für Europa

Nationale Sicherheitsrat

Samuel Berger, Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates

Jim Steinberg, Vizevorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates

Judith Feder, Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates

Samuel Lewis, Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates

Stanley Ross, Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates

Mark Penn, Asien-Experte im Sicherheitsrat

Präsidentenberater

Doug Sousnik, Berater des Präsidenten

Lanny Breuer, Sonderberater des Präsidenten
 Lanny Davis, Sonderberater des Weißen Hauses
 Joel Klein, Vizeberater des Weißen Hauses
 Rahm Emanuel, Politischer Berater des Präsidenten
 Robert Nash, Personalchef des Präsidenten
 Jeff Eller, Sonderassistent des Präsidenten
 Steve Kessler, Berater des Weißen Hauses
 Jay Footlik, Sonderkontaktmann zur Jüdischen Gemeinschaft
 Jane Sherburne, Anwältin des Präsidenten
 Sidney Blumenthal, Sonderberater der Präsidentengattin
 Susan Thomases, Chefadjutantin der Präsidentengattin

Stab

John Podesta, Stellvertretender Stabschef
 Eli Segal, Stellvertretender Stabschef
 Ron Klain, Stabschef des Vizepräsidenten

Verteidigung

William Cohen, Verteidigungsminister
 Richard Holbrooke, NATO-Sonderbotschafter
 Dan Schifter, Leiter des Friedens-Corps

CIA und FBI

George Tenet, CIA - Chef
 Howard Shapiro, Allgemeiner Berater des FBI
 Kathleen Koch, Chefin des FBI-Gleichberechtigungsbüros

Außer den vorangeführten Posten - die für unsere Prüfung unmittelbar von Interesse sind, gibt es noch **25 weitere**, im Erziehungswesen, Arznei- und Gesundheitswesen, Drogenpolitik, Nationalem Wirtschaftsrat usw. Ebenfalls sind **24 Botschafter der USA** jüdischer Herkunft.

*

Frage : Ist die Regierung der „USA“ als eine von Juden dominierte Regierung anzusehen, - oder nicht - bzw. wer ist für deren Entscheidungen verantwortlich ?

Diese Frage möge sich jeder selbst beantworten.

*

Daß die **Revolution** in Rußland nach dem Ersten Weltkrieg zur Erringung der **bolschewistischen Weltherrschaft** unter dem Motto : „Gleichheit - Brüderlichkeit - Freiheit“ zu den **schlimmsten Auswüchsen des Terrors** führte, ist allgemein bekannt. Weniger jedoch ihre Hintermänner.

Das **Adelaide Institut** in Australien hat in seiner Publikation „Newsletter“, PO Box 3300, Norwood, SA Australia 5067, in seiner Oktober/Novemberausg. 1999 eine umfassende, detaillierte Dokumentation sowie das Resultat veröffentlicht.

Demnach waren von insgesamt 502 offiziellen Posten im Sowjetstaat nach der russischen Revolution während der ersten Jahre ihrer Existenz mit nicht weniger als 459 Juden besetzt.

*

Es gehört zu den Gepflogenheiten „der im Hintergrund-Bleibenden“, immer eine Person als „Hauptfeind“ zu präsentieren. Im Falle Rußlands war dies Stalin (nachdem er einige seiner jüdischen Mitstreiter u. a. Trotzki, liquidieren ließ). Da er aber gegen den noch schlimmeren „Judenfeind Hitler“ der den Plan zur Erringung der Weltherrschaft, („Die Zionistischen Protokolle“ - sofern diese **nicht** eine Fälschung wie von jüdischer Seite behauptet wird sind) - um ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen hat, noch gebraucht wurde, wurde er bis Kriegsende geduldet.

Nach Ende des Kalten Krieges im Zuge der „Demokratisierung“ und Perestroika befanden sich unter dem „**Präsidenten**“ Jelzin bereits wieder in den wichtigsten Staatspositionen und daher auch für das politische Geschehen verantwortlich :

RUSSLAND unter dem Präsidenten Jelzin

(Quelle : Todesursache Zeitgeschichtsforschung, Jürgen Graf)

Laut der nationalistischen Zeitung "Russkoje Djelo" (Nr. 1/95) saßen Anfang 1995 unter anderen folgende Leute in der "russischen" Regierung :

1. Vizepräsident:	Tschubais	Jude
Präsidentenberater:	Liwschlitz	Jude
Wirtschaftsminister:	Jasin	Jude
dessen Stellvertreter:	Urinson	Jude
Finanzminister:	Panskow	Jude
dessen Stellvertreter:	Wawilow	Jude
Zentralbankchefin:	Paramanowa	Jüdin
Sicherheitsminister:	Primakow	Jude
dessen Stellvertreter:	Schamm	Jude
Verkehrsminister:	Bulgak	Jude
Umweltschutzminister:	Daniljan	Jude
Eisenbahnminister:	Jefimow	Jude
Justizminister:	Kalmyrow	Jude

Aussenminister:	Kosyrew	Jude
Arbeitsminister:	Melkijan	Jude
Informationsminister:	Grysunow	Jude
Gesundheitsminister:	Netschaew	Jude
Wissenschaftsminister:	Saltykow	Jude
Kultusminister:	Sidorow	Jude
Energieminister:	Schafranik	Jude

Die jüdische Kontrolle über Rundfunk, Fernsehen sowie Zeitungen ist in
Russland fast total.

*

Anm. : Die Gesamtbevölkerung der Russische Föderation 1993 (FA 96) 148,7 Mio davon sind (lt. Knaur's Lexikon 1989) 1,8 Mio Juden - ergibt einen Anteil von max. 1,2% an der Gesamtbevölkerung. Vor Zerfall der UdSSR (FA 89) betrug die Gesamtbevölkerung 262,4 Mio mit 1,811 Mio Juden (ergibt 0,7%)

Frage : Wer ist verantwortlich ? - Nur der „**Präsident**“ ?

*

Fragen - und nichts anderes als Fragen

Das Vorstehende wirft natürlich eine ganze Menge unbeantworteter Fragen auf :

„Wird die gesamte Bevölkerung Europas aufgrund ihrer Staatsschulden und ihrer Einheitswährung EURO durch eine (gezielte) Abwertung dessen gegenüber dem Dollar zu einem auf ewige Zeiten schuldenzahlenden „Gesamt-Sklavenstaat“ ?

„Wer sind eigentlich die „Gläubiger“, denen Europa etwas schuldet“ ?

„Ist die **Globalisierung der Welt** ein Segen für die **Weltbevölkerung**“ ?

„Sollte hinter der ganzen weltweiten Entwicklung **doch** ein Plan stehen“ ?

Fragen, - nichts als Fragen - und ich finde keine Antwort !

*

Nachwort

Dem Leser soll durch die vorstehende Dokumentation nachweisbarer Fakten - auch von solchen aus Büchern, die aus allen Bibliotheken entfernt wurden, - in die Lage versetzt werden, sich selbst eine eigene Meinung zu bilden. Auch um selbst festzustellen, ob das derzeitige Weltgeschehen einen Zusammenhang mit den „umstrittenen“ ‘Zionistischen Protokollen’ erkennen läßt, oder diese tatsächlich nur eine Fälschung antisemitischer Kreise sind.

Möge sich jeder selbst seine Meinung bilden !
